

Oskar Weggel

## Chinas Außenpolitik am Ende des 20. Jahrhunderts

### Teil 6: Die Praxis der Beijinger Außenpolitik und ihre Gezeiten

(Teil II)

Seit ihrem Beginn im Mai 1998 hat die vorliegende Serie zur chinesischen Außenpolitik sukzessive sechs Kapitel durchschritten, von denen fünf unter die Überschrift „Allgemeine Außenpolitik“ gestellt werden könnten, während der sechste Abschnitt zur außenpolitischen Praxis und damit zum „Besonderen Teil“ überleitete.

Kapitel 1 behandelte außenpolitische Gesetzmäßigkeiten, die sich im Verlauf einer vielhundertjährigen Geschichte als solche herauskristallisiert haben und die im wesentlichen aus drei Erinnerungsschichten stammen, nämlich aus einer von (wirklichem oder vermeintlichem) Glanz umstrahlten Kaiserzeit, desweiteren aber auch aus den „Demütigungen“ der Jahrzehnte nach dem verlorenen Opiumkrieg, und nicht zuletzt aus den so überaus widersprüchlichen Erfahrungen der Republik. Der Abschnitt endete mit einem Aufruf zu methodischer Neubesinnung.

Kapitel 2 stellte die fünf großen Zielsetzungen in den Mittelpunkt, die China als (einstigen) Verfechter des Sozialismus, als Nationalstaat, als Bannerträger des Antihegemonismus, als Entwicklungsstaat und nicht zuletzt auch als wiedererstandenes „Reich der Mitte“ abwechselnd verfolgt (hat), wobei diese Ziele in teilweise diametralem Gegensatz zueinander stehen – und dadurch chinesische Außenpolitik als überaus widersprüchlich erscheinen lassen. Zielsetzung Nr.6, nämlich Herstellung von Interdependenz, wurde in diesem Teil allerdings noch nicht erläutert. Sie ist, aus darstellungstechnischen Gründen, vielmehr erst Gegenstand des vorliegenden Abschnitts.

Kapitel 3 befaßte sich mit den Strategien, bei denen China seit dem Ende des maoistischen Zeitalters ebenfalls eine Wende um fast 180 Grad vollzogen hat – von der Klassenkampfbezogenheit hin zur Wirtschaftsorientierung. Anstelle Linker und Rechter Strategien werden heutzutage Partnerschaften und „allseitige Zusammenarbeit“ eingefordert.

Kapitel 4 widmete sich den Akteuren, die chinesische Außenpolitik gestalten und deren Kreis sich in den vergangenen Jahren laufend erweitert hat – angefangen von der

KP, dem Staatsapparat und den halboffiziellen Brückenorganen bis hin zum Militär, zu den Geheimdiensten, zu den Provinzen und Wirtschaftssonderzonen, nicht zuletzt auch zu jener wachsenden Öffentlichkeit, die der formellen Außenpolitik immer mehr Elemente an „kleiner Politik“ beimengt.

In Kapitel 5 wurde der Wandel des außenpolitischen Arbeitsstils beschrieben – angefangen von den Aktionsebenen über die Gestaltungsmittel bis hin zu den großen Antinomien des außenpolitischen Erscheinungsbildes, die sich aus den Widersprüchen zwischen Tradition und Moderne ergeben.

Mit Kapitel 6 begann dann der „Besondere Teil“, der die Praxis der Beijinger Außenpolitik und ihre Gezeiten behandelt. Chinesische Außenpolitik ist hierbei auf fünf Stockwerken auszuleuchten, und zwar auf globaler, multilateraler, regionaler, nationaler und lokaler Ebene. Gegenstand des bereits erschienenen ersten Abschnitts war die Betrachtung des globalen Handlungsrahmens, nämlich der chinesischen UNO-Politik (Ebene 1).

Der multilaterale Handlungsrahmen (Ebene 2) wurde sodann mit dem ersten Kapitel des zweiten Abschnitts eingeleitet, nämlich mit dem Verhältnis der VRCh zu den USA.

Im vorliegenden Kapitel sind die drei weiteren „Pole“ – oder „Zentren“ – zu beleuchten, nämlich Japan, die EU und Rußland, ehe dann in Teil III der Regionalaspekt in den Mittelpunkt tritt.

#### Gliederung

- 6.2.2 China und Japan: Hypotheken einer spannungsreichen – und eineinhalbtausendjährigen – Koexistenz
  - 6.2.2.1 Die historische Dimension
  - 6.2.2.2 Attribute Japans aus chinesischer Sicht
  - 6.2.2.3 Langzeitziele gegenüber Japan
  - 6.2.3 China und der Augapfel EU
    - 6.2.3.1 Das zwiespältige Erbe der Geschichte
    - 6.2.3.2 Das chinesische Europabild
    - 6.2.3.3 Langzeitziele
    - 6.2.3.4 China und Deutschland
  - 6.2.4 China und Rußland: Klimaschocks und Tauwetter
    - 6.2.4.1 Die Lehren der Vergangenheit: Ein Wechselbad
    - 6.2.4.2 Langzeiteigenschaften Rußlands
    - 6.2.4.3 Langzeitziele
  - 6.2.5 Fazit: In neuen Kategorien zu denken wagen!
  - 6.2.5.1 „Interdependenz“ statt „nationaler Interessen“: Veränderung des Blickfelds
    - 6.2.5.2 Das Aroma der Terminologie
    - 6.2.5.3 „Z.6“ als Konsequenz des Interdependenzansatzes
    - 6.2.5.4 Guanxi-Außenpolitik

#### 6.2.2

**China und Japan: Hypotheken einer spannungsreichen – und eineinhalbtausendjährigen – Koexistenz**

##### 6.2.2.1

#### Die historische Dimension

Seit Japan im Jahre 607 n.Chr. mit China erstmals offizielle Beziehungen aufnahm, begann eine Entwicklung, die jahrhundertlang überaus einseitig blieb, und in deren Verlauf das Reich der Mitte, vor allem das China der strahlenden Tang-Dynastie (618-907) der gebende, Japan



aber der eifrig lernende und respektvoll nehmende Teil war.

Trotz dieses Lehrer-Schüler-Verhältnisses, in dessen Gefolge Japan nicht nur Schrift und Religion (Mahayana-Buddhismus!) sowie Kunst und Kultur, sondern auch die Staats- und Gesellschaftslehren des Konfuzianismus übernahm, ist es nie zur Begründung eines formellen Tributverhältnisses gekommen, das Japan, ähnlich wie Korea oder Annam, gezwungen hätte, dem Himmelssohn regelmäßig zu huldigen.

Immerhin sorgte die Lernbeziehung aber dafür, daß es zwischen beiden Seiten fast tausend Jahre lang friedlich zugeht, sieht man einmal von mehreren durch „göttliche Taifune“ (*kamikaze*) verhinderte Eroberungsexpeditionen ab, die im Namen der Yuan-Dynastie (1279-1368) zur Unterwerfung Japans ausgesandt worden waren, jener Dynastie von Mongolenkaisern auf dem chinesischen Thron also, die vorher bereits China unterworfen hatten.

Zweieinhalb Jahrhunderte später hatte erstmals Japan versucht, den Spieß umzudrehen. Dieser erste Eroberungsansatz, der sich zwar nicht direkt gegen China, wohl aber gegen einen festländischen Vasallen des Reichs der Mitte, nämlich gegen Korea, richtete, begann, unter Führung des „japanischen Napoleon“ Hideoshi Toyotomi, im Jahre 1592, fand allerdings bereits mit dessen Tod im Jahre 1598 ein schnelles Ende.

Erneut vergingen rund 300 Jahre, ehe Japan das Festland zum zweiten Mal angriff. Der Grundstein hierfür war diesmal durch die Meiji-Reform von 1868 gelegt worden, die für eine Umwandlung Japans von einer feudalistischen in eine hochmoderne und kapitalistische Macht sorgte.

Bereits 16 Jahre nach der Wende begannen Japan und China die Klänge zu kreuzen, und zwar wiederum im Kampf um Korea. Der Krieg von 1894/95 ging bekanntlich zugunsten Japans aus, dem sich damit die Chance eröffnete, zum ersten Mal in seiner Geschichte auf dem Festland Fuß zu fassen – und damit das überkommene asiatische Mächtesystem zu verändern.

Erst im allerletzten Moment wurde die neue Großmacht dann doch noch durch den „Einspruch von Shimonoseki“ an diesem historischen Schritt gehindert – durch eine Notbremsung also, die vom zaristischen Rußland, von Frankreich und vom Deutschen Reich geschaltet wurde. Japans Empörung über diese Intervention wurde lediglich dadurch gedämpft, daß das Reich wenigstens die Insel Taiwan als Kriegsbeute an sich reißen und – bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs, also bis 1945 – okkupieren konnte.

Weitere zehn Jahre mußten vergehen, nämlich bis zum Sieg Japans über Rußland im Jahre 1904/05, ehe das Kaiserreich dann schließlich doch ans Ziel seiner Wünsche, nämlich aufs Festland, gelangte, und zwar in einer Art Dreisprung, indem es erstens Korea okkupierte, zweitens die Abtretung der Halbinsel Liaodong erzwang, die in den nachfolgenden Jahren zum Sprungbrett für weitere japanische Eroberungen in China werden sollte und indem es, drittens, Vorrechte in der Mandschurei herauschlug. 1914 konnte es auf dem Festland überdies das Erbe des Deutschen Reiches antreten und Qingdao besetzen.

1915 stellte es, unter Ausnutzung einer einzigartigen weltpolitischen Chance, nämlich des Teilrückzugs der durch den Ersten Weltkrieg in Anspruch genommenen

europäischen Großmächte, der Republik China jene berühmten „21 Forderungen“, die das hinsiechende Riesenreich, wären sie erfüllt worden, zu einem Protektorat Japans hätten werden lassen. Zwar gelang es den Chinesen, wenigstens die extremsten Zumutungen zu dämpfen; immerhin aber führten auch die gemilderten Bedingungen noch dazu, daß Japan, wie oben erwähnt, einen Pachtvertrag über die Mandschurei auf 99 Jahre zugesprochen erhielt.

Um dieses für das rohstoffarme Japan so überaus attraktive Gebiet definitiv unter Kontrolle zu bekommen, inszenierte die japanische Kwantung (Guandong)-Armee im September 1931 den „Zwischenfall von Mukden“, kämpfte die örtlichen chinesischen Truppen nieder, rief am 1. März 1932 das „Kaiserreich Manchukuo“ aus und setzte den letzten Sprößling des chinesischen Kaiserhauses, Pu Yi, als Marionettenkaiser ein. 1937 begann der von kritischen Beobachtern längst erwartete Angriff auf Gesamtchina, der sich über acht Jahre hinzog, nach und nach gesamtasiatisch-pazifische Dimensionen annahm und schließlich, nach dem Eingreifen der USA, mit der bedingungslosen Kapitulation Tokyos endete. Die überaus realitätsnah durchkalkulierten Pläne Japans zur Schaffung einer „Großasiatische Wohlstandssphäre“, die auf eine Art asiatischer Monroe-Doktrin hinausgelaufen wären („Asien den Asiaten“ unter japanischer Führung), hatten sich damit in Luft aufgelöst.

Nach dem Zweiten Weltkriege schloß sich das besiegte und zum ersten Mal in seiner Geschichte von ausländischen (US-) Truppen besetzte Japan eng an die amerikanische Siegermacht an. Die Yoshida-Doktrin, benannt nach dem ersten japanischen Ministerpräsidenten der Nachkriegszeit, verlieh dieser Neuorientierung feierlich Ausdruck, indem sie die japanische Außenpolitik auf drei Grundprinzipien einschwor, die im Prinzip auch heute noch gelten, nämlich (1) auf enge Zusammenarbeit mit den USA und Westeuropa, (2) auf Eintreten für den Aufbau eines wirtschaftlich lebensfähigen – und nichtkommunistischen – Asien und (3) auf Förderung einer starken UNO.

Die Gefolgschaft gegenüber den USA bewirkte, daß Japan aus der Sicht des maoistischen China schnell zum *zougou* [1], d.h. zum „Kettenhund des US-Imperialismus“, geworden war und damit als Partner von vornherein nicht mehr in Frage kam! Erst die als Alptraum empfundene Bedrohung Chinas durch den sowjetischen „Sozialimperialismus“ Ende der 60er und die Aussöhnung Chinas mit den USA Anfang der 70er Jahre ließen auch eine Annäherung an Japan wieder als wünschbar erscheinen. Schon lange vor der Aufnahme zwischenstaatlicher Beziehungen im Jahr 1972 hatte China freilich einen regen *volksdiplomatischen* Austausch mit Japan eingefädelt, der von schnell ansteigenden Handelsströmen flankiert war.

Am 12. August 1978 wurde der chinesisch-japanische *Friedens- und Freundschaftsvertrag* unterzeichnet, in dem auch eine Antihegemonieklausel enthalten war. Seit dieser Wende begann Tokyo, von seiner bisherigen Äquidistanzpolitik, d.h. von seinem sorgfältig austarierten Mittelkurs zwischen Moskau und Beijing, ab- und näher an die VR China heranzurücken. Damit aber war es zu der für Moskau wohl unbehaglichsten Eventualität in Asien gekommen, nämlich zu einer chinesisch-japanisch-amerikani-



schen Entente cordiale. Immer wieder hatte die UdSSR eine solche Entwicklung zu verhindern versucht, sie durch ihr ungeschicktes Verhalten gegenüber Tokyo am Ende aber geradezu heraufbeschworen.

Im Zeichen der gemeinsamen Frontenstellung gegenüber Moskau konnte es schon innerhalb des ersten Jahrzehnts seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu einem dichten Beziehungsgeflecht zwischen beiden Seiten kommen. Kaum ein Gebiet, angefangen von Luft- und Seeverbindungen über Fischerei, Kultur, Wissenschaft und Technologie, auf dem damals nicht Abkommen geschlossen und durchpraktiziert worden wären. Als Handelspartner rückte Japan bereits zu Beginn der 80er Jahre unangefochten auf Platz Nr.1. In der gleichen Zeit verzweifelte sich der Tourismus, und außerdem kam es zu 42 Patenschaften zwischen chinesischen und japanischen Städten. Kein Geringerer als Deng Xiaoping kam noch in den 70er Jahren gleich zweimal nach Japan, nämlich im Oktober 1978 und im Februar 1979.

Nach 1982 begannen sich die beiderseitigen Kontakte noch mehr zu verdichten. Nicht weniger als fünf japanische Ministerpräsidenten<sup>1</sup> sowie der japanische Kaiser Akihito (1992) besuchten bis zum Jahrhundertende die Volksrepublik.

Umgekehrt reisten in dieser Zeit zwei KPCh-Generalsekretäre,<sup>2</sup> zwei Ministerpräsidenten,<sup>3</sup> zwei NVK-Vorsitzende<sup>4</sup> sowie – zum ersten Mal in der Geschichte der Volksrepublik China – auch ein Staatspräsident<sup>5</sup> nach Japan.

Ähnlich wie gegenüber den USA beruht das Verhältnis Chinas gegenüber Japan auf drei politischen Dokumenten, nämlich auf der „Vereinbarung über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen“ von 1972, auf dem „Friedens- und Freundschaftsvertrag“ von 1978 und auf der „Drei-Punkte-Erklärung“ Zhao Ziyangs von 1982 („Friede und Freundschaft, Gleichheit und beiderseitiger Nutzen sowie generationenüberdauernde Stabilität“), die beim Japanbesuch des KPCh-Generalsekretärs Hu Yaobang im November 1983 noch durch einen vierten Punkt erweitert wurde, nämlich durch die (im Geiste des Konfuzianismus zu interpretierenden) Klausel des „gegenseitigen Vertrauens“. Bei dieser Visite kam es auch zur Errichtung eines gemeinsamen „Komitees für die chinesisch-japanische Freundschaft bis ins 21. Jahrhundert hinein“.

Da die Wirtschaft zunehmend in den Mittelpunkt der reformerischen Politik zu rücken begann, war es aber vor allem der beiderseitige Wirtschaftsaustausch, der schon bald zum Hauptstützweiler wurde.

Paradoxerweise blieben die Beziehungen der KPCh zur japanischen Regierung lange Zeit weitaus unbeschwerter als zur Kommunistischen Partei Japans. Dabei wäre gerade die KPJ ein überaus interessanter, weil starker und zuhause angesehener Akteur gewesen. Immerhin hat die KPJ rund 370.000 Mitglieder und vertritt etwa 10% der japanischen Wähler. Auch verfügt sie auf kommunaler

Ebene über mehr Volksvertreter als die in Tokyo tonangebende LDP, und im übrigen war sie die einzige politische Partei Japans gewesen, die die militaristischen Untaten der kaiserlichen Armee in China gründlich aufgearbeitet und „Vergangenheitsbewältigung“ betrieben hatte – nicht zuletzt in der Parteizeitung *Akahata* („Rote Fahne“), die in Auflagen von rund 2 Mio. Exemplaren erscheint. Ausgerechnet mit dieser so überaus respektablen Partei hatte sich die KPCh 1967, d.h. im Zeichen der Kulturrevolution, angelegt und sie auf den „Revisionismus“-Index gesetzt. Erst nach einer Pause von 31 Jahren kam es im Juni 1998 zur Wiederversöhnung und zur Wiederaufnahme offizieller Beziehungen.<sup>6</sup>

#### 6.2.2.2

##### Attribute Japans aus chinesischer Sicht

Was China an Japan heutzutage besonders zu schätzen weiß, ist erstens seine wirtschaftlich-technologische Nützlichkeit und zweitens sein offensichtlich endgültiger Verzicht auf eine politische „Supermachtsrolle“.

Ginge es den chinesischen Vorstellungen nach, so betriebe Japan eine Friedenspolitik, die sich auf drei Elemente gründete: Es bewiese erstens militärisches „Fingerspitzengefühl“, indem es auf jede Form von „Militarismus“ verzichtete, es träte zweitens für weltweite Handels- und Zugangsfreiheit ein und es betätigte sich zuguterletzt auch noch als Hauptinitiator eines Marshallplans für Asien.

Ganz auf dieser Linie verzichtete es auf eine Führungsrolle in Asien, ginge zu jeder Art von „Neokolonialismus“ auf Distanz und leistete den asiatischen Nachbarn – nicht zuletzt selbstverständlich auch der VR China – wirtschaftliche sowie technische Hilfe.

An diese Ideallinie hat sich Japan, sehr zum Verdruss der VRCh, bisher nur selten gehalten. Vor allem ist es immer wieder zu Querelen über fünf Punkte gekommen, die im chinesisch-japanischen Verhältnis zumindest aus chinesischer Perspektive als offene Wunden gelten, nämlich über die Frage der Vergangenheitsbewältigung, über das Taiwanproblem, über Remilitarisierungsansätze, über „Ungleichgewichte“ im bilateralen Handel und über die Diaoyutai/Senkaku-Frage. Im einzelnen:

- Da sind erstens die immer noch sichtbaren Narben, die der achtjährige japanische Angriffskrieg in China hinterlassen hat. Zwar hat Beijing bei der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen 1972 auf Kriegsschädigungen verzichtet, doch reagiert es dafür um so empfindlicher auf jeden noch so geringen Tabubruch Japans, ob es nun um „falsche“ Darstellungen der Kriegereignisse in japanischen Schulbüchern geht (Streit vom Sommer 1982), ob ein japanischer Ministerpräsident den Yasukuni besucht, in dem einige der früheren „Kriegsverbrecher“ eingeschreint sind oder ob sich die japanische Regierung wieder einmal weigert, Reue über die „Invasion der japanischen Militaristen in China“ zu bekunden. Als Jiang Zemin bei seinem Japanbesuch im November 1998 ausdrücklich eine „Entschuldigung für die Kriegshandlungen“ in der geplanten „Gemeinsamen Erklärung“ verlangte, stieß er nicht nur bei der Regierung, sondern auch bei einer breiten Öffentlichkeit auf Widerstand – und auf die

<sup>1</sup>Nakasone 1984 und 1986, Takeshida 1988, Hosokawa 1994, Murayama 1995 und Hashimoto 1997.

<sup>2</sup>Hu Yaobang 1983, Jiang Zemin 1992.

<sup>3</sup>Li Peng 1989 und 1997 und Zhu Rongji, damals noch als Stellvertretender Ministerpräsident, 1994.

<sup>4</sup>Peng Zhen 1985 und, als Stellvertretender NVK-Vorsitzender, Wan Li 1992.

<sup>5</sup>Jiang Zemin 1998.

<sup>6</sup>Dazu m.N., C.a., 1998/6, Ü 2.



rhetorische Frage, wie oft und wie lange sich Japan eigentlich noch entschuldigen sollte. Überdies kam es zu antichinesischen Protestaufmärschen rechtsgerichteter Gruppierungen, die per Lautsprecher forderten, „Jiang aus Japan hinauszuerwerfen“ und den Chinesen augenblicklich sämtliche „Yen-Kredite zu sperren“.<sup>7</sup>

- Daneben ist die Taiwanfrage zwischen beiden Seiten Gegenstand eines geräuschlosen, gleichzeitig aber auch permanenten und zähen Tauziehens. Japan, das in Taiwan 50 Jahre lang, d.h. von 1895 bis 1945, koloniale Herrschaft ausgeübt hatte, empfindet sich der Insel und ihrer Bevölkerung gegenüber auch heute noch auf besondere Weise verbunden, wobei freilich nicht nur Sentimentalität, sondern auch handfestes wirtschaftliches Kalkül mit im Spiel ist. Diese Einstellung wird von der Bevölkerung Taiwans durchaus geteilt und mit einer Haltung erwidert, die sich ohne Übertreibung als Japanophilie bezeichnen ließe – mit einem Gefühl also, für das die chinesische Festlandsbevölkerung nicht das geringste Verständnis aufzubringen vermag.

Unabhängig von solchen Gefühlsregungen hat Japan spätestens seit Beginn der diplomatischen Beziehungen mit der VR China i.J. 1972 den Alleinvertretungsanspruch Beijings ohne Wenn und Aber anerkannt, ohne freilich bereit zu sein, der VRCh *noch* weiter entgegenzukommen und auf Beijinger Empfindlichkeiten besonders sensibel zu reagieren. Dies wurde u.a. deutlich, als die japanische Regierung im September 1994 dem Vizepräsidenten des taiwanischen Exekutivyuans, Xu Lide, eine Einreiseerlaubnis erteilt hatte, und an dieser Genehmigung, allen VRCh-Protesten zuwider, mit der Begründung festhielt, Xu wolle doch nur die dort gerade stattfindenden Asienspiele besuchen.

- Neben der japanischen Weigerung, Vergangenheitsbewältigung zu betreiben, und neben den Idiosynkrasien, die das Taiwanproblem immer wieder hervorruft, ist die japanisch-amerikanische „Kollaboration“ im Sicherheitsbereich aus Beijinger Sicht ein dritter Stein des Anstoßes: Schon seit den 60er Jahren ist das durch acht Jahre Krieg (1937-45) traumatisierte China mißtrauischer Zaungast am Rande eines, wie es meint, unaufhörlich zunehmenden japanisch-amerikanischen Zusammenspiels in Militärfragen. Im Zeichen einer damals auf neue Höhen zutreibenden Ost-West-Konfrontation waren die USA, die sich erst Mitte der 50er Jahre aus Japan zurückgezogen hatten, mit dem Wunsch an Japan herangetreten, sich militärisch stärker zu engagieren; im Gegenzug zeigten sie sich bereit, auf alle bis dahin noch bestehenden Beschränkungen der japanischen Souveränität zu verzichten. Daraufhin war es in Japan, ebenso wie fast gleichzeitig in Deutschland, zu hitzigen Diskussionen über die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht gekommen. Während Deutschland sich am Ende dazu durchrang, eine Bundeswehr aus der Taufe zu heben, scheiterte die Wiedereinführung des Militärs in Japan am leidenschaftlichen Widerstand der immer noch durch Kriegsniederlage, Atombombe und Besat-

zungszeit verstörten Bevölkerung, die es für ausreichend erachtete, wenn ein beschränktes Kontingent von „Selbstverteidigungskräften“ bereitgestellt würde.

Da eine reguläre japanische Wehrmacht nach alledem nicht aufgestellt werden konnte, schritten beide Seiten zu einer Ersatzlösung und schlossen am 21. Januar 1960 einen Verteidigungspakt ab, in dem – neben einer eher rhetorischen Friedlichkeitsklausel (Lösung aller Konflikte möglichst durch friedliche Mittel) – eine Konsultationsklausel und vor allem eine Beistandsklausel (Art.3) verankert wurde. Bei „bewaffneten Angriffen“ sollten die Streitkräfte der Vereinigten Staaten (nach Art.6) das Recht erhalten, „Einrichtungen und Gebiete in Japan für ihre Land-, Luft- und See Streitkräfte zu benutzen“. Der Vertrag war ursprünglich auf zehn Jahre begrenzt, wurde aber dann bis auf den heutigen Tag immer wieder verlängert, wobei es vor allem in den 70er Jahren zu Proteststürmen nicht nur der chinesischen Seite, sondern auch der eigenen Bevölkerung gekommen war. Noch am Ende des Jahrhunderts sind in Japan rund 40.000 GIs stationiert – 70% davon auf Okinawa, wo es zuletzt 1995 zu schweren anti-amerikanischen Ausschreitungen gekommen war, nachdem sich dort US-Soldaten an japanischen Schulmädchen vergriffen hatten und von ihren Vorgesetzten dafür allzu nachsichtig bestraft worden waren.

Kein Wunder, daß angesichts der fortdauernden US-Präsenz auf japanischem Boden selbst Deng Xiaoping das „Militarismus“- und das „AMPO“-Thema<sup>8</sup> immer wieder thematisiert, oder besser: bewußt hochgespielt hat.

Der Pakt von 1960 ist im Laufe der Zeit häufig „nachinterpretiert“ worden, zuletzt wieder 1998, und zwar im Sinne einer Bekräftigung, daß Japan im militärischen Ernstfall der US-Marine logistische Unterstützung gewähre, sobald Sicherheitsprobleme „in der Umgebung Japans“ zu bereinigen seien. Die VR China war daraufhin sofort mit der Frage zur Stelle gewesen, ob zu dieser „unmittelbaren Umgebung“ etwa auch Taiwan zähle; war man sich in Beijing doch sehr wohl der Tatsache bewußt, daß die Erneuerung der amerikanisch-japanischen Sicherheitsallianz letztlich durch jenen Schatten ausgelöst worden war, der sich im Zusammenhang mit den VBA-Manövern vom März 1996 über die Taiwanstraße gelegt hatte.

- Ein vierter Dauerbrenner im bilateralen Verhältnis ist das von chinesischer Seite häufig beklagte – doch niemals wirklich verringerte – Ungleichgewicht im Handel zwischen Japan und der VRCh. Gerne beruft sich Tokyo im Gegenzug auf üppige japanische Investitionen, auf großzügig gewährte Entwicklungshilfe und vor allem auf all jene Sonderkonditionen und weichen Kredite, die von japanischer Seite immer wieder gewährt würden. Argumente dieser Art stoßen in Beijing freilich auf taube Ohren, da die chinesische Führung den Standpunkt vertritt, daß die japanische Seite, wo sie schon keine Kriegsreparationen leiste, doch wenigstens solide Ersatzleistungen zu erbringen und der

<sup>7</sup>Dazu C.a., 1998/11, Ü 1 m.N.

<sup>8</sup>AMPO ist in Japan die Abkürzung für diesen Sicherheitspakt.



chinesischen Seite ganz besonders entgegenzukommen habe.

- Nicht zuletzt aber ist es der Streit um die von den Chinesen „Diaoyutai“ („Fischfangterrassen“), von den Japanern aber „Senkaku“ („Spitzpavillons“) genannte, rund 150 km nordöstlich von Taiwan im Ostchinesischen Meer gelegene Inselgruppe, die von beiden Seiten als Hoheitsgebiet beansprucht wird – und dies um so entschiedener, als im maritimen Umfeld größere Ölfelder vermutet werden. Juristisch geht es hierbei um die Frage, ob der Inselkomplex zur japanischen Ryukyu-Kette gehört oder ob er als Schelfbestandteil des chinesischen Festlands anzusehen ist.

Da die Frage auf juristischem Weg nicht zu bereinigen ist, kommt es periodisch immer wieder zu *politischen* Kampagnen um die Inseloberhoheit, die von nationalistischen Kräften organisiert, von den Regierungen beider Länder aber in der Regel peinlich berührt – und eher passiv – zur Kenntnis genommen werden, so z.B. im Oktober 1990 und im September 1996, als nationalistische japanische Heißsporne der Insel demonstrativ einen „Besuch abstatteten“ – und damit ein Fanal setzten, auf das Nationalisten aus Taiwan und Hongkong nicht weniger emotional reagierten, indem sie Gegenexpeditionen veranstalteten, vor laufenden Kameras an den Felsklippen von Diaoyutai Fahnen aufpflanzten, patriotische Eide schworen und bei den Landungsmanövern in schäumender See so heroisch zu Werke gingen, daß einige das Unternehmen mit dem Leben bezahlen mußten. Bezeichnenderweise hatte die Regierung der VR China schon im Vorfeld dafür gesorgt, daß Angehörige der Volksrepublik von solchen Bekundungen a priori ausgeschlossen blieben; hatte man doch in Beijing allzu oft erfahren müssen, wie Demonstrationen, die unter antijapanischem Vorzeichen begonnen hatten, immer wieder in Bekundungen gegen die eigene Regierung umgeschlagen waren.

Eine Gesamtschau der diversen japanischen Eigenschaften, wie sie in der Beijinger Wahrnehmung notorisch auftauchen, löst in aller Regel gemischte Gefühle aus: Kann demnach von einem positiven Japanbild noch lange nicht die Rede sein, so wäre es andererseits doch ungerrecht, auf den Hinweis zu verzichten, daß die chinesische Seite auch viel Verständnis für die heikle Situation des Nachbarn aufbringt: Als drittgrößte Industrienation der Welt besitzt Japan fast keine Rohstoffe. Ferner ist das Land mit seiner verhältnismäßig kleinen Fläche (370.000 qkm) und seiner hohen Bevölkerungsdichte (vornehmlich in den Räumen Tokyo, Nagasaki und Osaka) extrem verwundbar, vor allem gegenüber Atomschlägen, von denen Japan als einziges Land der Welt ja bereits zwei Kostproben abbekommen hat. Ungesichert wären im Ernstfall auch die Seerversorgungswege durch die drei Meerengen von Malakka, Lombok und Makassar.

China weiß sehr wohl, daß dem Nachbarland in dieser wenig beneidenswerten Situation letztlich nur zwei große Optionen zur Verfügung stehen: Entweder dominiert es seine Umgebung (dieser nach 1941 beschrittene Weg, der auf die Schaffung des bisher größten Reiches der Weltgeschichte hinausgelaufen wäre, wurde durch die Niederlage von 1945 ad absurdum geführt) oder es wird zum *interna-*

*tionalen Insider*, der ohne Wenn und Aber Friedenspolitik betreibt, und der dabei nicht nur *politisch*, sondern auch *wirtschaftlich* Fingerspitzengefühl zeigt, d.h. seine Überlegenheit nicht ausnutzt, vor allem also auf jede Form von „Yen-Imperialismus“ verzichtet. Japan gibt sich im Gegenzug alle Mühe, solchen Vorstellungen zu genügen. Unter anderem propagiert es beispielsweise das bekannte Bild vom V-förmigen Vogelzug, dessen Spitze einstweilen zwar nur von Japan gebildet werde, das sich jedoch schon jetzt alle Mühe gebe, die anderen aufholen zu lassen, so daß der spitze Winkel des V immer flacher – und der Vogelzug eines Tages vielleicht sogar zur Geraden werden könne, womit der Unterschied zwischen Führerschaft und Gefolge weitgehend aufgehoben wäre.

Da Japan freilich noch auf geraume Zeit weit über 50% des asiatischen BIP sein eigen nennen kann, halten die meisten seiner Nachbarn, nicht zuletzt die VR China, solche schönen Aussagen für pure Rhetorik.

### 6.2.2.3

#### Langzeitziele gegenüber Japan

Drei Daueranliegen sind es vor allem, die das Zielgefüge der chinesischen Außenpolitik gegenüber Japan bestimmen, nämlich – in Stichworten – (1) „strategische Partnerschaft“, (2) Vermeidung eines „neomilitaristischen“ oder aber „neokolonialen“ Sündenfalls sowie (3) wirtschaftlich-technologische Bluttransfusionen.

Ganz gewiß kein Zufall ist es, daß Beijing sein Partnerschaftsmodell, das sich sowohl durch sachliches Gewicht als auch durch zeitliche Dimensionen (*zou xiang 21 shijide* ... [2], d.h. „aufs 21. Jh. gerichtet“) als „strategisch“ erweisen soll, zuerst gemeinsam mit Japan ausprobiert hat, und zwar, wie oben erwähnt, bereits in den Jahren 1982/83, ohne daß formell allerdings von Partnerschaft die Rede gewesen wäre.

Solche „strategischen Partnerschafts“-Beziehungen, die als „neues Modell zwischen Großmächten“ charakterisiert werden, haben drei Voraussetzungen zu erfüllen: (1) Sie richten sich auf bilaterale Zusammenarbeit, die nicht militärischer, sondern hauptsächlich wirtschaftlicher Natur zu sein hat, sie konkretisieren sich (2) durch Konsultationen, Dialoge sowie durch Herstellung guter Beziehungen und verzichten auf Konfrontation sowie Gewalt. Nicht zuletzt aber haben sie (3) darauf bedacht zu sein, daß partnerschaftlicher Bilateralismus sich niemals gegen Dritte richtet.<sup>9</sup>

Strategische Partnerschaften trügen dem Trend zur Multipolarisierung Rechnung und richteten sich damit fast automatisch gegen Supermachtvorstellungen und -ansprüche.

Die Forderung nach „regelmäßigen Besuchen“ und Gesprächen sowie nach Einrichtung eines heißen Drahts zwischen Beijing und Tokyo war denn auch einer der Hauptpunkte in der „Gemeinsamen Erklärung“, die beim Japanbesuch Jiang Zemins im November 1998 herausgegeben wurde.

Ein „Partner“-Land Japan, das sich im oben definierten Sinn „strategisch“ verhält, hätte – nach den Vorstellungen Beijings – gleichsam automatisch zu jeder Form von „Neomilitarismus“ und „Neokolonialismus“ auf Di-

<sup>9</sup>Dazu beispielsweise BRu, 1998, Nr.3, S.6-9.



stanz gehen müssen. In der Praxis freilich kommt Japan solchen Erwartungen allzu selten entgegen:

- Dies zeigt sich bereits beim Thema „Neomilitarismus“. Nachdem die japanischen Militärausgaben längst die Schallmauer von 1% des BIP nach oben durchbrochen haben, glaubt sich China zu der Warnung berechtigt, daß Japan seine Rüstung wieder herunterzufahren und daß es vor allem seine Pläne für eine militärische Kooperation mit den USA zu überdenken habe.

Völlig unvorstellbar wäre für Beijing übrigens ein Atomwaffenbesitz Japans. Statt dessen fordert es Tokyo auf, sich möglichst gemeinsam mit der VRCh für eine Beendigung des Rüstungswettlaufs und der Nukleartests einzusetzen.<sup>10</sup>

Beifall bei den Chinesen findet Japan andererseits mit seinem Begriff der „integrierten Sicherheit“, der davon ausgeht, daß der japanische Selbstschutz weniger mit militärischen Mitteln als vielmehr mit einer Kombination von diplomatischen, wirtschaftlichen und energiepolitischen Mitteln gewährleistet sei: immer nach dem Grundsatz „Wer mich angreift, schneidet sich zu allererst in die *eigenen* Finger!“

- Und der „Neokolonialismus“? Hier fällt das chinesische Urteil milder aus als beim Militarismus-Thema. Beijing weiß sehr wohl, daß Japan auf die Länder der Dritten Welt, vor allem aber auf die Staaten der ASEAN-Region angewiesen ist, die sowohl als Investitions- und Konsumgütermärkte als auch als Rohstofflieferanten – und nicht zuletzt als Kooperationspartner bei der Benutzung der südostasiatischen Wasserstraßen – unentbehrlich sind. Gleichwohl (oder gerade deshalb) sollte Japan die sich ihm bietenden Möglichkeiten nicht überziehen, sondern faire Austauschbedingungen festlegen. Vor allem gegenüber Taiwan habe sich Japan strenger Zurückhaltung zu befleißigen.

Das dritte Dauerziel, das die chinesische Politik gegenüber Japan verfolgt, ist wachsende wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit – ein Wunsch, der in Japan auf offene Ohren stößt und dazu geführt hat, daß sich der bilaterale Handelsaustausch 1997 bereits auf rund 60 Mrd. US\$ belaufen hat – verglichen mit 43 Mrd. im chinesisch-amerikanischen Verhältnis. Die VR China möchte diesen Handel noch ausweiten, wobei es ihr allerdings am Herzen liegt, die negative Bilanz – ähnlich wie gegenüber den USA – längerfristig in einen Überschuß zu verwandeln.

Auch von japanischen *Investitionen* kann China gar nicht genug bekommen: Hier gibt es in der Tat kaum Grenzen nach oben; nicht zuletzt aber verfolgt China das Ziel, möglichst günstige Hilfs- und Kreditbedingungen herauszuschlagen, wobei ihm jedes Mittel recht ist – und sei es, daß zu diesem Zweck wieder einmal die japanischen „Schamgefühle“ instrumentalisiert werden, die von den Untaten des Zweiten Weltkriegs herrühren. Immerhin betrachtet China ja Vorzugsbedingungen als eine Art Ersatzleistung für Kriegsreparationen, auf die Beijing, wie erwähnt, 1972 ausdrücklich verzichtet hat. Alle

<sup>10</sup>So *expressis verbis* Punkt 6 in der „Gemeinsamen Erklärung“ vom November 1998.

Mittel werden von den Chinesen hier ins Spiel gebracht – Formaldiplomatie und Volksdiplomatie, Zuckerbrot und Peitsche. Wenn es den Vorstellungen der chinesischen Regierung nach geht, hat Japan in jedem Bereich, vor allem aber hier, bei der Gewährung von Vorzugsrechten, einen ständigen „Gang nach Canossa“ anzutreten.

### 6.2.3

#### China und der Augapfel EU

##### 6.2.3.1

#### Das zwiespältige Erbe der Geschichte

Unter allen vier Großmächten, denen die VR China in ihrer aus vier Dreiecken bestehenden polyzentrischen Welt gegenübertritt, ist Europa seit Jahren der angenehmste Partner, zumal es mit diesem am anderen Ende des eurasiatischen Kontinents gelegenen Kosmos seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs kaum noch Scherereien gegeben hat, die mit dem Ausmaß der chinesisch-japanischen, der chinesisch-amerikanischen oder gar der chinesisch-sowjetischen Konflikte auch nur von ferne vergleichbar gewesen wären.

Wie wenig selbstverständlich diese „Harmonie“ freilich ist, zeigen Retrospektiven auf die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, die den Blick in Abgründe und Demütigungen öffnen:

Die früheste Begegnung zwischen China und Europa hatte, wenn man einmal von den weit zurückliegenden Episoden der Marco-Polo-Reisen und der ersten christlichen Bekehrungsversuche absieht, im 17. und 18. Jh. stattgefunden, und zwar im Zeichen der Jesuitenmissionen, die zu einem fruchtbaren Gedankenaustausch führten, von dem sogar die europäische Philosophie noch profitierte und der sich vor allem in zahlreichen „Chinoiserien“ niederschlug.

Mit der Niederlage Chinas gegen England im Opiumkrieg von 1839/40 hatte sich dann die Einstellung der Europäer gegenüber China grundlegend zu ändern begonnen: Aus dem einst so erhabenen Reich der Mitte war ein gemühtes, unter dem Joch des „Halbkolonialismus“ (*banzhiminzhuyi* [3]) leidendes Staatswesen geworden.<sup>11</sup> Die Invasion europäischen Kapitals hatte die damals ohnehin schon brüchig gewordenen Fundamente der selbstgenügsamen Naturalwirtschaft untergraben, das Handwerk in den Städten zerstört, die Warenwirtschaft in Stadt und Land gefördert, der mandarinären Staatsordnung den Todesstoß versetzt und zwei neue Klassen entstehen lassen, die im 20. Jh. zu den Triebkräften des weiteren Geschichtsverlaufs werden sollten, nämlich ein nach Westen orientiertes Küstenbürgertum und gleichzeitig ein anfangs zwar zahlenmäßig kleines, aber durch sein späteres Bündnis mit den Bauern zukunftsweisendes „Proletariat“.

Europa hatte sich damit, aus chinesischer Sicht, zum Hauptgegner Chinas entwickelt, und so war es kein Wunder, daß die großen sozioökonomischen und geistigen Änderungen im 19. und 20. Jh. fast ausschließlich als Antwort auf die „imperialistischen“ Herausforderungen Europas erfolgten, des kleinsten der Kontinente – welch eine Demütigung für das Reich der Mitte!

<sup>11</sup>„Halbkolonial“: im Küsten- und im Yangzibereich herrschten die ausländischen „Imperialisten“, im Hinterland die einheimischen „Feudalisten“.



Gegnerschaft, nicht Partnerschaft – dies war die chinesische Perzeption von Europa bis zum Ende des Ersten Weltkriegs. Erst nach 1918 begann sich – im Zeichen der 1912 ausgerufenen „Republik China“ – eine differenziertere Einstellung gegenüber den Europäern durchzusetzen, vor allem gegenüber dem Deutschen Reich und der jungen Sowjetunion, die beide aus dem bisherigen „Imperialismus“-Verband ausgeschieden waren und, wenn auch nicht immer freiwillig, auf ihre territorialen Vorrechte und Besitzstände in China verzichtet hatten. Es bedurfte aber der weiteren Schwächung Europas durch den Zweiten Weltkrieg und des Heraufkommens zweier neuer Supermächte, ehe die Länder Europas, und zwar sowohl diesseits als auch jenseits des Eisernen Vorhangs, zu Wunschpartnern Chinas im Widerstand gegen „US-Imperialismus“ und „Sozialimperialismus“ werden konnten.

Vor diesem Hintergrund begann sich bereits in maotischer Zeit eine klar konturierte – und transparente – Europapolitik abzuzeichnen:

– Der erste Schritt in diese Richtung erfolgte 1964, als das Frankreich de Gaulles zur Überraschung aller Welt – und zur Verärgerung vor allem der USA – beschloß, mit Beijing diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Damit aber hatte nicht nur die Grande Nation, sondern ganz Europa im Kalkül der chinesischen Führung einen neuen Stellenwert einzunehmen begonnen. War Westeuropa bis dahin zum „kapitalistischen“ und Osteuropa zum „sozialistischen Lager“ gerechnet worden, so rückten die beiden Teile nun aus ihrer Zwei-Lager-Situation heraus und trafen sich in einer virtuellen Mitte, die von den Beijinger Ideologen als neue „Zwischenzone“ (*zhongjian didai* [4]) definiert wurde.<sup>12</sup>

Je mehr sich in den nachfolgenden Jahren der sino-sowjetische Konflikt zuspitzte – und mit den Ereignissen von 1968 (Prag, Ussuri, „Breshnew-Doktrin“) seinen Höhepunkt erreichte –, um so stürmischer begann die VR China die Länder der „Ersten“ (Europa) und die der „Zweiten Zwischenzone“ (Dritte Welt) als potentielle Verbündete in sein antihegemonistisches Kalkül aufzunehmen.

Kurz vor dem Ende der Kulturrevolution ersetzte die KPCh ihr ost/west-orientiertes Zwischenzonenkonzept zwar durch die eher nord/süd-ausgerichtete „Drei-Welten-Theorie“, wies dem Kontinent Europa als einem Teil der „Zweiten Welt“<sup>13</sup> aber auch hier erneut einen Sympathieplatz zu.

Diese europafreundliche Politik ist von den Reformern prinzipiell fortgesetzt und nur in wenigen Aspekten modifiziert worden, sei es nun durch Aussöhnung mit den Eurokommunisten oder sei es durch die Neubewertung der EG/EU als einer unabhängigen dritten Kraft.

Diese Eigenständigkeit begann sich aus chinesischer Sicht spätestens in den 80er Jahren herauszubilden, als immer deutlicher wurde, daß Westeuropa weder zum US-Anhängsel (Option Nr.1) noch zu einem „finlandisierten“, weil politisch bedeutungslosen Schatten seiner selbst verblassen würde (Option Nr.2). Mittelfristig zeichnete sich vielmehr eine Rückgewinnung von Eigengewicht (Option Nr.3: sog. „Halbgaullismus“) und langfristig sogar die völlige Selbständigkeit Europas (Option Nr.4) ab.

Option Nr.3 konkretisierte sich, so die damalige chinesische Einschätzung, im Zuge einer eigenwilligen Entspannungspolitik, die in den Dialogangeboten de Gaulles an die Ostblockländer (1966), in der Ostpolitik der Regierung Brandt (1971/72) und in der KSZE-Gipfelkonferenz (1975) Gestalt angenommen habe.

Haupthindernisse auf dem Weg zu einer definitiven Emanzipation Europas seien andererseits aber die nach wie vor weiterbestehende Abhängigkeit von den USA, vor allem vom amerikanischen Atombombenschutz, desweiteren die überall in Europa fortbestehende Divergenz nationaler Interessen, nicht zuletzt aber auch die Spaltung Europas durch den eisernen Vorhang.<sup>14</sup>

Dies war, wie gesagt, die chinesische Beurteilung Europas in den späten 70er Jahren. Seitdem ist viel Wasser den Yangzi hinabgeflossen – und Beijing kann erfreut feststellen, daß sich seine Visionen von einer Option Nr.4 längst verwirklicht haben, sei es nun dadurch, daß die Sowjetunion von der Landkarte verschwunden ist, sei es dadurch, daß der Eisernen Vorhang nicht mehr existiert und die Wiedervereinigung Deutschlands politische Realität geworden ist, oder sei es durch das wirtschaftliche Wiedererwachen Europas, das nicht zuletzt durch die Einführung des Euro am 1. Januar 1999 für alle Welt nachvollziehbar geworden ist.

### 6.2.3.2

#### Das chinesische Europabild

Durch die Optik der chinesischen Außenpolitik gesehen, hat sich das Europabild im Verlauf des 20. Jahrhunderts immer weiter aufgehellt – von rabenschwarz (aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg) über verschattet-grau (in den 50er Jahren) bis hin zu leuchtendem Gold am Ende der 90er Jahre.

Bis in die frühen 30er Jahre hinein, also bis zu einer Zeit, da Japan seinen langen Eroberungsmarsch nach China antrat, waren die europäischen Großmächte Hauptverursacher jener „halbkolonialen“ Übel gewesen, in deren Gefolge erst das Kaiserreich und später die Republik China von einer politischen Krise in die andere und vor allem in den wirtschaftlichen Untergang hineingetrieben worden waren. Dann aber hatte das Drama schnell seine Peripetie erreicht, und zwar spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg, als Europa so sehr auf sich selbst zurückgeworfen wurde, daß es China kaum noch in Mitleidenschaft ziehen konnte.

Statt diese weltpolitisch einzigartige Chance, nämlich zwei Hauptgegner auf einen Schlag losgeworden zu sein, beim Schopfe zu packen und geradewegs auf den Aufbau des eigenen Landes zuzusteuern, beging China Selbstverstümmelung, indem es den Weg der nationalen Spaltung beschritt, in deren Gefolge es auch außenpolitisch zu dramatischen Verwerfungen kam: Die Republik China – oder besser das, was von ihr auf Taiwan übriggeblieben war – schwenkte nämlich auf ganzer Front zum Westen über, um so festen Halt für eine „Rückgewinnung des Festlands“ (*guangfu dalu* [5]) zu gewinnen, während die 1949 ausgerufene Volksrepublik einen gerade entgegengesetzten Weg einschlug, sich „ganz nach einer Seite (nämlich zur UdSSR) hin lehnte“ – und damit, im Zeichen der von Stalin ausgerufenen Zwei-Lager-Theorie, zu

<sup>12</sup>Ausführlich zur Zwischenzonen- und zur Drei-Welten-Theorie in 3.2.2. dieser Serie, C.a., 1998/8, S.819.

<sup>13</sup>Ebd.

<sup>14</sup>Dazu Näheres m.N. C.a., 1982/6, Ü 2.



einem festen Bestandteil des Ostblocks wurde, wenn auch nur für wenige Jahre, wie sich bald herausstellen sollte.

Für die Beijinger Seite bestand Europa damals aus zwei fundamental verschiedenen Hälften, von denen man sich der östlichen „brüderlich“ verbunden fühlte, während Westeuropa a priori den Feinden im „kapitalistischen Lager“ zugerechnet wurde.

Eine Revision dieser Lagebeurteilung erfolgte erst, nachdem Ende der 50er Jahre das sino-sowjetische Schisma Wirklichkeit geworden war – ein Ereignis, das für den „Ostblock“ schicksalhaft werden und zu einer immer tiefer werdenden Kluft zwischen China und der UdSSR führen sollte. Parallel dazu begann sich das chinesische Europa-bild dramatisch schnell aufzuhellen: Als „Feind des Feindes“ rückte jetzt zumindest Westeuropa in ein milderes Licht und verlor seine von der chinesischen Propaganda bis dahin so überaus schroff gezeichneten Konturen; auch erschienen West- und Osteuropa jetzt nicht mehr so scharf voneinander getrennt, wie es bisher der Fall gewesen war, sondern begannen – im Zeichen eines angeblich gemeinsamen antihegemonistischen Widerstands – zusammenzurücken und immer ähnlichere Züge anzunehmen.

Allerdings galt Europa auch jetzt noch als unsicherer Kantonist und schien durch eine Doppelnatur gekennzeichnet, indem es einerseits „antihegemonistisch“ ausgerichtet, andererseits aber auch „kapitalistisch“ (West-) und „revisionistisch“ (Osteuropa) vorbelastet war: Anlaß genug für China, auch weiterhin vorsichtig zu bleiben!

Erst mit der Machtübernahme durch die chinesischen Reformer und mit dem Ende der Sowjetunion nahm Europa, das von der VRCh-Führung mittlerweile als geschlossenes Ganzes betrachtet wurde, jene Eigenschaften an, die sich in der Zwischenzeit zu einem veritablen Markenzeichen entwickelt haben und die sich auf die Doppelformel „Großmacht + Partner“ bringen lassen:

- „Großmacht“: In dem nun schon mehrfach erwähnten multipolaren Modell mit seinen fünf *daguo* [6] („Großmächten“) bildet die EU – neben China, den USA, Japan und Rußland – einen jener fünf „Pole“, <sup>15</sup> die langfristig darauf angelegt sind, zu einem Gleichgewicht zu finden, obwohl sich die Waage in diesem System derzeit noch ganz auf die US-Seite hin zu neigen scheint. Keinem anderen „Pol“ wünscht China bei diesem Prozeß des Austarierens mehr Gelingen als dem europäischen; muß man in Beijing doch davon ausgehen, daß die USA ihre Supermachtsstellung noch geraume Zeit halten können und daß sich auch die freundlichen Beziehungen zu den beiden anderen Polen, nämlich zu Japan und Rußland, im Ernstfall schnell wieder verschlechtern könnten, während das ferne Europa, mit dem es längst keine „natürlichen Konflikte“ mehr gibt und das seine Supermachtsambitionen spätestens seit dem Ersten Weltkrieg hat aufgeben müssen, ein gedeihliches Auskommen zu garantieren scheint. Europa als bevorzugte Macht im Multilateralisierungsprozeß – so etwa könnte man die chinesische EU-Erwartungen präzisieren.
- „Partner“: Die zweite Hoffnung, die sich an „Europa“ knüpft, ist auf Partnerschaft gerichtet – und dies, ob-

wohl vorerst nur ein einziger Staat der EU, nämlich Frankreich, mit der VRCh formelle Partnerschaftsbeziehungen aufgenommen hat, und zwar fast zur gleichen Zeit wie Rußland.<sup>16</sup> „Partnerschaften“ (*xiezuo* [7]) werden, wie im Falle Rußlands, als „strategisch“ (*zhanlüe* [8]) oder aber, wie im Falle Frankreichs, als „umfassend“ (*quanmian* [9]) definiert, erstrecken sich also *zeitlich* weit „ins 21. Jh. hinein“ und umschließen *inhaltlich* nicht nur politische, sondern auch wirtschaftliche, kulturelle und überhaupt alle nur denkbaren Aspekte.

Auch die (bisher nur informelle) Partnerschaft mit der EU soll, wenn es Beijinger Vorstellungen nach geht, sowohl politischer als auch wirtschaftlicher Natur sein. Als politische Partnerschaft tritt sie – immer aus der Sicht Chinas – gegenwärtig vor allem in zwei Aspekten zutage, nämlich einerseits in Form der ASEM, also der Asia Europe Meetings, andererseits im Verzicht Europas auf eine formelle Verurteilung der VRCh wegen Menschenrechtsverletzungen:

- *ASEM-Konferenzen*, bei denen asiatische und europäische Spitzenpolitiker in „Harmonie“-Gespräche miteinander eintreten, hat es bisher dreimal gegeben, nämlich Anfang März 1996 in Bangkok, wo die Minister und Staatspräsidenten aus beiden Kontinenten zusammenkamen, ferner Anfang April 1998 in London (ASEM II)<sup>17</sup>, wo sich erneut die Regierungschefs der 15 EU-Länder mit ihren Amtskollegen aus 12 asiatischen Staaten, nämlich den neun ASEAN-Mitgliedern sowie Südkorea, Japan und China, trafen. ASEM III schließlich fand am 15. und 16. Januar 1999 in Frankfurt statt, wo sich die „asiatisch-europäischen“ Finanzminister ein Stelldichein gaben und Gespräche über die Asien- sowie über die Brasilienkrise führten.
- Was die Haltung der EU-Länder zur *Menschenrechtsfrage* in China anbelangt, so hat sich hier aus Beijinger Sicht 1998 eine überaus erfreuliche Wendung ergeben: Hatten nämlich die europäischen Regierungen, Seite an Seite mit den USA, bis dahin bei der UNO-Menschenrechtskonferenz in Genf notorisch Anträge auf Verurteilung Chinas wegen Menschenrechtsverletzungen eingereicht, so waren sich die Bündnispartner erstmals 1998 darin einig geworden, in Zukunft keinen solchen Verurteilungsantrag mehr zu stellen. Dieser Beschluß wurde gefaßt, nachdem eine EU-Delegation im Februar 1998 mit China in Gespräche über Partnerschaftsperspektiven eingetreten war.<sup>18</sup> Partnerschaftliche Signale sieht China auch darin, daß die EU versprochen hat, sich für den Beitritt der VRCh zur WTO stark zu machen, wobei vor allem Bedenken der USA zu zerstreuen wären.

Noch wichtiger als die politische ist für China allerdings die wirtschaftlich-technologische Partnerschaft mit Europa. Auf der EU beruhen die Hoffnungen Beijings

<sup>16</sup>Mit Rußland am 23.4.97, mit Frankreich am 16.5.97, ausführlich dazu C.a., 1997/5, S.427-433.

<sup>17</sup>Dazu C.a., 1998/3, Ü 5.

<sup>18</sup>Dazu C.a., 1998/3, Ü 2 und 3; vergl. dort auch die innereuropäischen Auseinandersetzungen über diese Frage.

<sup>15</sup>Näheres zu diesen Begriffen vgl. 4.2, C.a., 1998/9, S.914; 5.4.4.2, C.a., 1998/11, S.1227.



nicht zuletzt deshalb, weil die Chinesen seit Jahren erfahren konnten, daß europäische Firmen mit der Weitergabe von Betriebsgeheimnissen, Patenten und Verfahrenstechniken weitaus großzügiger zu verfahren pflegen, als dies bei Vertretern anderer Wirtschaftsgroßmächte, vor allem den Japanern, der Fall ist!

Der Wirtschaftsaustausch ist aber nicht nur für China, sondern auch für die EU von beträchtlichem Interesse und gewinnt daher von Jahr zu Jahr an Bedeutung: 1997 beispielsweise belief sich der Handel zwischen China und den 15 EU-Staaten auf 43 Mrd. US\$ – und hatte sich damit gegenüber 1993 bereits mehr als verdreifacht. Da Chinas gesamtes Handelsvolumen 1997 auf 325 Mrd. US\$ angestiegen war (womit die Volksrepublik übrigens von Rang 11 auf Rang 10 im Welthandel vorrückte), bestritt die EU also immerhin einen Anteil von 13,2%. Bei chinesischen Exporten in Höhe von 23,81 Mrd. und Importen von 19,19 Mrd. zeigte die chinesische Zollstatistik einen Überschuß zugunsten Chinas von 4,62 Mrd. US\$ aus. Rechnet man allerdings die via Hongkong getätigten Exporte Chinas hinzu, die von der chinesischen Statistik geflissentlich ausgeklammert zu werden pflegen, so sieht die Bilanz zugunsten Chinas noch weitaus günstiger aus!

Auch mit ihren Investitionen leistet die EU erhebliche Beiträge zum reformerischen Aufbau: Seit dem Erlaß des Joint-venture-Gesetzes von 1979 hat sie 11,5 Mrd. US\$ in über 8.000 Projekte investiert – und damit eine solide Grundlage für die Zusammenarbeit auch im 21. Jh. geschaffen.

Kein Wunder, daß Beijing nach alledem im chinesisch-europäischen Spektrum fast nur Gemeinsamkeiten – und kaum Differenzen – wahrnehmen will, nämlich<sup>19</sup> – in Stichworten: (1) keine Konflikte in fundamentalen Fragen, (2) Komplementarität in wirtschaftlicher und technologischer Hinsicht, (3) gemeinsame oder ähnliche Ansichten in Fragen der internationalen Politik, (4) Übereinstimmung bei völkerrechtlichen Auffassungen, vor allem über den Vorrang der UNO, (5) gegenseitige Achtung vor der Kultur des anderen und (6) gemeinsame Ansichten über all jene Probleme, die das Überleben der Menschheit betreffen.<sup>20</sup>

Demgegenüber seien die Unterschiede mehr als peripher und beschränkten sich auf ein paar voneinander abweichende Einstellungen zur Sozialpolitik, zum Wertesystem und zur Ideologie. Hinzu kommen noch Konflikte mit Frankreich und den Niederlanden, über die allerdings längst Gras gewachsen ist und die im Zusammenhang mit der Lieferung von Jagdflugzeugen und U-Booten an Taiwan entstanden waren.

Was die Taiwanfrage ansonsten angeht, so sind auch hier die Fronten längst geklärt, da es in Europa nur noch einen einzigen Staat, nämlich den Vatikan, gibt, der mit der Republik China offizielle Beziehungen unterhält und der es einstweilen noch nicht über sich bringt, die Selbständigkeit der „Patriotischen Kirche Chinas“ und ihre „drei Unabhängigkeiten“ (in administrativer, kultureller und finanzieller Hinsicht) anzuerkennen.

### 6.2.3.3

#### Langzeitziele

In maoistischer Zeit hatte die Fundamentalkritik am „kapitalistischen System“ noch zum Hauptanliegen chinesischer Europapolitik gehört. Nach 1968 jedoch war die „antihegemonistische“ Allianz mit Europa gegen die beiden Supermächte, vor allem gegen die UdSSR, in den Vordergrund gerückt. In dieser neuen Konstellation hatte sich Beijing bemüht gesehen, die Rolle eines Warners zu übernehmen, der die Europäer immer wieder dazu aufforderte, sich von Moskau nicht in ein Gefühl der Sicherheit einlullen und sich von ihm auch nicht den EG-Fortschritt blockieren zu lassen. Ganz auf dieser Linie hatte sich damals sogar die NATO des permanenten Beifalls der VRCh sicher sein können, auch wenn sich Beijing bewußt war, daß mit ihrer Hilfe nun wiederum die USA ständig den Fuß in die europäische Tür stellen konnten.

Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat sich das Gefüge der Zielsetzungen gegenüber der EU teilweise wieder verändert und umfaßt nun vier Hauptaspekte:

Erstens fällt mittlerweile die Einschätzung der NATO etwas kritischer aus, vor allem der Versuch des Verteidigungsbündnisses, sich nach Osten zu erweitern. China unterstützt hier im wesentlichen die Moskauer Gegenargumente.

Zweitens ist die VR China weiterhin an einem Großmachtstatus Europas und an einer engen Partnerschaft mit der EU interessiert.

Drittens erhofft sich Beijing eine möglichst schnelle Aufnahme der osteuropäischen Staaten in die EU. Unvorstellbar, vor allem aber unerwünscht, erscheint die Vorstellung, daß Moskau erneut Kontrolle über Osteuropa zurückgewinnen könnte – und nun gar in jenem Ausmaß, wie dies zwischen 1945 und 1991 der Fall gewesen war.

Ein viertes Ziel besteht darin, Europa so weit wie möglich davon abzuhalten, eine ähnlich protaiwanische Politik – vor allem in Form von Waffenlieferungen – zu betreiben, wie sie von den USA verfolgt wird. Mit dem Partnerschaftsabkommen von 1998 glaubt Beijing, vor allem Frankreich von dieser Versuchung ein für alle Male abgebracht zu haben. Das übrige Europa werde dann, so alles gut läuft, dem französischen Präzedenzfall folgen!

Lange Zeit haben die Chinesen keinen Zweifel daran aufkommen lassen wollen, daß die besten Europäer nicht in Brüssel, sondern in Beijing sitzen. Etwas von dieser Einstellung dürfte der chinesischen Außenpolitik wohl auch in Zukunft erhalten bleiben!

Was umgekehrt die Interessen der EU angeht, so hat sie am 13.7.94 ein formelles Asienkonzept bekanntgegeben, in dem die VR China eine zentrale Rolle spielt. Folgende Ziele seien mit besonderer Intensität zu verfolgen: (1) Verbesserung der Koordination der Mitgliedsländer gegenüber dem Kontinent als ganzem, (2) klare Prioritätensetzung, (3) Stärkung der ökonomischen Präsenz der EU, (4) Hebung des „europäischen Profils“, (5) Mitwirkung an den Bemühungen um Sicherheit in der Region, (6) stärkere Einbeziehung Asiens in die multilateralen Organisationen, (7) Mitwirkung an einer Verbesserung des Investitionsklimas in Asien, (8) besserer Marktzugang für europäische Produkte (u.a. mit Hilfe von neu einzurichtenden „European Business Councils“ sowie von europäischen Technologiezentren) und (9) Mithilfe bei der

<sup>19</sup>So z.B. Li Peng bei seiner Europareise im Februar 1998, C.a., 1998/3, Ü 1 und Ü 4.

<sup>20</sup>XNA, 18.2.98.



Armutsbekämpfung, wobei sich die EU ganz besonders um Projekte im Bereich der Volksschulerziehung, des Gesundheitswesens, der Umwelt, des Trinkwassers und der Beseitigung von städtischen Slums bemühen sollte.<sup>21</sup>

#### 6.2.3.4

##### China und Deutschland

Da im vorliegenden Zusammenhang ausschließlich von multilateralen (oder „polyzentristischen“) Gesichtspunkten die Rede ist, sind die bilateralen deutsch-chinesischen Beziehungen erst im Kapitel über zwischenstaatliche Beziehungen zu behandeln. Im vorliegenden Zusammenhang war Deutschland lediglich als Teil der EU Gegenstand der Betrachtung.

#### 6.2.4

**China und Rußland: Klimaschocks und Tauwetter**  
Mit keinem anderen Land hat die VR China im Laufe der ersten 50 Jahre ihrer Geschichte solche Höhen und Tiefen durchleben müssen wie mit der UdSSR, zu deren Hauptnachfolger seit 1991 Rußland geworden ist.

Der Sowjetstaat war für die VR China von Anfang an das mit Abstand wichtigste außenpolitische Bezugsland, und zwar nicht nur deshalb, weil es sich bei ihm um eine damals auf rund 7.000 km direkt an China grenzende Großmacht handelte, sondern auch wegen der so ambivalenten Verknüpfung des revolutionären Schicksals beider Länder: Mit der Sowjetunion besaß die VR China ein Gegenüber, in dem sie eine Zeitlang ihr Idealbild, dann aber nur noch wechselnde Zerrbilder hatte erblicken können, sei es nun, daß die Sowjetunion ideologisch als Verkörperung des „Revisionismus“ zutagetrat oder daß sie machtpolitisch als Ausbund von Hegemonismus erschien, gegen den anzukämpfen sich die VR China in fast jeder ihrer so verschiedenen Rollen aufgerufen sah – ob als Protagonistin des Sozialismus, ob als Nationalstaat, ob als Bannerträgerin des Antihegemonismus oder ob als Macht, die von ihrer Tradition her bestimmte Mindeststandards an „Respekt“ einfordern zu können glaubte.<sup>22</sup>

Kein Wunder, daß das Verhältnis zur UdSSR – sowie später zu ihrem Hauptnachfolgestaat Rußland – von Anfang an die Makrophasen der chinesischen Außenpolitik entscheidend mitbestimmt hat.

#### 6.2.4.1

##### Die Lehren der Vergangenheit: Ein Wechselbad

Vier klare Zeiträume zeichnen sich im beiderseitigen Verhältnis ab:

In Phase I (1949-1957) „lehnte sich“ die Volksrepublik, wie es offiziell hieß, ganz nach „einer Seite“, nämlich zur Sowjetunion hin, obwohl Stalin in den vorausgegangenen Jahren stets auf einen Sieg Jiang Jieshis (Chiang Kaisheks) gesetzt und überdies nichts unversucht gelassen hatte, mit Hilfe des Komintern-Apparats den Führungsanspruch Mao Zedongs zu untergraben; hatte doch die von Moskau aus gesteuerte Komintern von Anfang an auf das städtische Proletariat gesetzt, während Mao den Kampf von den Dörfern aus – und mit Hilfe der Bau-

ern – zu entscheiden versuchte, und wegen dieses unorthodoxen Versuchs bei Stalin schnell in den Verdacht eines „Radieschenkommunisten“ (außen rot, innen weiß) gekommen war.

Auch hatte die KPCh jahrelang als Versuchskaninchen im Dauerstreit zwischen den beiden Moskauer Hauptrivalen, Stalin und Trotzki, herhalten müssen: Während Stalin die Zusammenarbeit mit der Guomindang befürwortete, weil nach der klassischen marxistischen Etappenlehre (Feudalismus – Bourgeoisie – Sozialismus – Kommunismus) in der damaligen „bürgerlichen“ Phase nun einmal das Bürgertum die Führung wahrzunehmen habe, hatte Trotzki gefordert, daß das revolutionäre Geschehen auch während der bürgerlich-demokratischen Etappe bereits vom Proletariat in die Hand zu nehmen sei, also auf gar keinen Fall dem bürgerlichen Lager überlassen bleiben dürfe. In dieser Vorverlagerung des proletarischen Zugriffs auf die Macht bestehe ja gerade das Wesen der (von Trotzki so bezeichneten) „permanenten Revolution“! Nur „Epigonen“ wie Stalin kämen auf die Idee, zwischen demokratischer und sozialistischer Diktatur einen „mechanischen Trennungsstrich“ zu ziehen. Der von Stalin befürwortete Schulteranschluß zwischen KPCh und GMD sei ein tödlicher Fehler und ein „Verrat am Marxismus“.

Durchgesetzt hat sich damals bekanntlich die Linie Stalins, der den Zusammenschluß des sinokommunistischen Lagers mit der GMD auf die Tagesordnung brachte – und damit, wie Trotzki es düster vorausgesagt hatte, entscheidend zur Vernichtung der städtischen KPCh-Strukturen beitrug. Kaum hatte Jiang Jieshi, der Führer des „bürgerlichen Lagers“, die ursprünglich mit ihm verbündeten Kommunisten durch seinen plötzlichen Seitenwechsel von 1927 zerschlagen, waren die Reste der KPCh von Stalin angewiesen worden, nunmehr eine um 180 Grad konträre Strategie einzuschlagen und sich gegen die Guomindang in den Yangzi-Städten zu erheben – ein Befehl, dem sich Trotzki erneut entgegenzustemmen versuchte, weil er ihn als einen Aufruf zum „Putschismus“ – und zum Selbstmord der KPCh – betrachtete.

Obwohl die Aufstände von 1927, wie von Trotzki erneut richtig prognostiziert, schon bald im Blut ertränkt wurden und die chinesische Revolution nun wirklich keine andere Möglichkeit mehr hatte, als schleunigst die Städte zu verlassen und sich hinaus auf die Dörfer zu verlagern, war die Komintern, die so viele Eigentore geschossen hatte, auch jetzt noch am Ball geblieben und hatte erneut versucht, vor allem den ihr unheimlichen Bauernführer Mao kaltzustellen – vergeblich, wie sich herausstellte; denn bei der Zunyi-Konferenz von 1934, die zum Hauptkrisengipfel während des Langen Marsches geworden war, hatten die Maoisten ihre Hauptgegner, nämlich die „28 aus Moskau heimgekehrten Bolschewisten“, endgültig abservieren können.

Ungeachtet des „Verrats“ Jiang Jieshis von 1927 hatte Stalin auch während des achtjährigen Widerstandskriegs gegen Japan weiterhin auf die GMD gesetzt, weil er in ihr die tragende Widerstandskraft gegen den japanischen Angriff sah.

Kein Wunder, daß die Führung um Mao Zedong auch zur Zeit der VRCh-Gründung noch der Meinung war, Stalin ziele mit seiner Fernostpolitik auf ein balkanisierendes,

<sup>21</sup>Dazu C.a., 1994/7, Ü 1.

<sup>22</sup>Zu diesem Fächer von Rollenbeschreibungen vergl. die Ausführungen über die „fünf Zielsetzungen“, Teil 2 dieser Serie, C.a., 1998/7, S.693-717.



durch eine Politik des „Teile und Herrsche“ manipulierbares China.

Erst beim Moskaubesuch Maos im Dezember 1949, als Stalin sich für die zahlreichen Fehler des Kreml gegenüber der KPCh offiziell entschuldigte und dieser damit ein für die damalige Zeit einzigartiges „Gesicht gab“, hatte das Eis zu schmelzen begonnen und war jenes umfangreiche Vertragswerk vom Februar 1950 (über Freundschaft, Bündnis, Beistand und Wirtschaftshilfe) unterzeichnet worden, das den Chinesen viele Vorteile (in Form von Wirtschafts- und Waffenhilfe) einbrachte, ihnen freilich auch bittere Medizin zu schlucken gab, angefangen vom Verzicht auf eine Rückgewinnung der Äußeren Mongolei bis hin zur Teilnahme am Koreakrieg, mit der die VBA auch für Moskau die Kastanien aus dem Feuer zu holen hatte.

Mangels Alternative war die UdSSR damals also gleichsam auf Biegen und Brechen zum Helfer und zum Mentor erkoren worden – und zum Leitmodell: So wurde im Landwirtschaftsbereich z.B. das sowjetische LPG-Muster, im Erziehungsbereich das sowjetische Schul- und Akademiesystem, auf dem Militärssektor der Aufbau der Roten Armee und im Industriebereich das sowjetische Planungssystem zum Vorbild genommen. Selbst seriöse Chinabeobachter waren damals der Meinung, China sei ein für allemal auf den Schienen der UdSSR abgefahren.

Doch bereits Phase II (1958-1968) sollte verdeutlichen, wie schnell Wahlverwandtschaft in Erzfeindschaft umschlagen kann: Durch die fast sklavische Übernahme des fremden Vorbilds drohten nämlich die eigenen Erfahrungen aus der Kampfzeit, wie sie vor allem während der Yan'an-Periode (1935-1945) gesammelt worden waren, in Vergessenheit zu geraten. An die Stelle der früheren Masselinie traten jetzt Bürokratismus in der Verwaltung, „Professionalismus“ in der Armee, Elitismus in den Erziehungs- und Forschungsanstalten und nicht zuletzt „Disproportionalität“ im sozioökonomischen Bereich, die sich vor allem in Form der Bevorzugung des Schwerindustriesektors auf Kosten der Landwirtschaft zeigte.

Kein Wunder, daß vor allem die Maoisten jetzt auf einen schnellen Abschied vom Sowjetmodell zu drängen begannen. Wichtigste Marksteine auf diesem Weg zur Emanzipation von Moskau waren (1) die durch und durch maoistisch angelegte Kampagne der sog. „Drei Roten Banner“, desweiteren (2) die Entwicklung einer eigenen Kern- und Raketenrüstung (erste Atombombe 1964), (3) die Entfesselung der (dem „Sowjetrevisionismus“ feindlichen) „Sozialistischen Erziehungsbewegung auf dem Land“ (1963-65) und (4) die (diesmal von Moskau Seite aus erfolgende) Verweigerung einer Aktionseinheit zugunsten Vietnams im Zweiten Indochinakrieg (1964 ff.), nicht zuletzt aber (5) die „Kulturrevolution“, bei der die Maoisten mit der sowjetischen Ideologie und ihren angeblichen chinesischen Repräsentanten, vor allem mit Liu Shaoqi, dem „chinesischen Chruschtschow“, abrechneten.

Die UdSSR reagierte mit schneidender Kälte, indem sie dem „volksrepublikanischen Verbündeten“ nicht nur jegliche Hilfeleistungen bei seinen Auseinandersetzungen mit Taiwan (1958) verweigerte, sondern sich darüber hinaus im chinesisch-indischen Grenzkonflikt (1958/60) ohne Zögern auf die Seite Delhis stellte, und 1959 ohne vorherige

Rücksprache mit China in Camp David sowjetisch-amerikanische Verhandlungen führte; 1960 schließlich zog Moskau von einem auf den anderen Tag sämtliche sowjetischen Techniker aus China ab – mit der Folge, daß Hunderte von Entwicklungsruinen zurückblieben. Im Anschluß an den XXII. Parteitag der KPdSU kam es dann zu einem ideologischen Schlagabtausch zwischen beiden Seiten, in dessen Verlauf die KPCh die Thesen Chruschtschows zum „sozialistischen Aufbau“ sowie zur Außenpolitik zerpfückte und sie in den sogenannten „Neun Offenen Briefe“ vor aller Welt einer Fundamentalkritik unterzog. China vertrat damals extrem linke Positionen: Bei der Streitfrage zum Verhältnis gegenüber den „kapitalistischen“ Ländern standen zwei Fragen im Vordergrund, nämlich ob der Krieg vermeidbar sei und ob es ferner einen „friedlichen Übergang“ vom Kapitalismus zum Sozialismus geben könne.

Während die KPdSU schon beim XX. Parteitag beide Fragen unzweideutig bejaht hatte, ging die KPCh nunmehr ganz offen von der Unvermeidbarkeit des Krieges aus und bezeichnete die „friedliche Koexistenz“ genauso als „Ausbund von Revisionismus“ wie den „parlamentarischen Weg“. Im Hinblick auf die „Befreiungsbewegungen“ in der Dritten Welt ging es um die Frage, ob der Kolonialismus von selbst verschwinde, so daß auf bewaffnete Geburtshilfe für die Völker der Dritten Welt verzichtet werden könne, *oder* ob sich der „Neokolonialismus“ bei den Entwicklungsländern so tief eingefressen habe, daß nur Volkskriege noch eine Lösung herbeiführen könnten. Beijing verfocht auch hier die Kampfoption. Was schließlich das Verhältnis zwischen den sozialistischen Staaten untereinander anbelangte, so verbat sich China jeglichen „Interventionismus“, wie er von der UdSSR unter den verschiedensten Vorwänden legitimiert und praktiziert werde: Seit 1968 geschah dies z.B., wie die Beijinger Ideologen meinten, in Form der sog. „Breshnew-Doktrin“.

In Phase III (1968-1979) kam dann die zweite sino-sowjetische Eiszeit voll zum Ausbruch, wobei der sowjetische Einmarsch in Prag, die Verkündung der Breshnew-Doktrin von der beschränkten Souveränität sozialistischer Bruderstaaten und die chinesisch-sowjetischen Gefechte am Ussuri den Auslöser lieferten.

Nachdem die UdSSR, chinesischen Beobachtungen zufolge, auch noch ihre Militärverbände entlang der sino-sowjetisch-mongolischen Grenze auf 1 Mio. Mann aufgestockt hatte, war sie aus chinesischer Sicht vollends zur „sozialimperialistischen Supermacht“ mit „hegemonistischen“ Zielen – vor allem gegenüber der VRCh – geworden.

Kein Wunder, daß China nun an allen Ecken und Enden sowjetische Einkreisungsversuche zu argwöhnen begann – und häufig genug fast hysterisch reagierte:

Da war einmal der 1969 von Moskau verkündete Plan eines sog. „Kollektiven Sicherheitssystems in Asien“, in dem Beijing einen Versuch der Sowjetführung erblickte, auf dem Umweg über multilaterale Vereinbarungen den bereits durch bilaterale Abmachungen geschmiedeten Einkreisungsring um China herum zusätzlich auszuzementieren.

Ferner ging Moskau nach Meinung Beijings in den 70er Jahren dazu über, eine „bogenförmige Seeroute“ vom Schwarzen Meer bis Wladiwostok einzurichten, die durch



fünf Meere verlief, drei Kontinente umspannte, lebenswichtige Schifffahrts- und Ölrouen kreuzte und langfristig auch von Marinebasen gesäumt sein sollte.

Im Zeichen dieser Umklammerungsbedrohung wollte China nicht länger passiv bleiben und sich in eine Wagenburg zurückziehen; vielmehr entschloß es sich zu einer Politik der Gegensteuerung und begann Beziehungen zu all jenen Staaten zu entwickeln, die entlang der vermeintlichen Einkreisungsrouten lagen, nämlich im Mittelmeer mit dem Griechenland der (damaligen!) Obristen, mit dem Äthiopien Kaiser Haile Selassies, mit der Türkei, mit dem Sudan (Waffenlieferungen seit 1975) sowie mit Tansania und Sambia. Als weitere geopolitische Partner wurden Sri Lanka, Mauritius und die Anliegerstaaten der Malakkastraße angesprochen. Deutlich zeigte sich hier die Tendenz, „Konflikte zweiter Kategorie“ zu vergessen, wenn es darum ging, den „Feind Nr.1“ ins Mark zu treffen. Immer auf antisowjetischer Linie schreckte Beijing nicht einmal davor zurück, auch mit antikommunistischen Staaten und Allianzen Gespräche aufzunehmen, so z.B. mit der ASEAN. Sogar Applaus für die NATO, für die EG und für regionale Bündnisse sonstiger Couleur (SAARC, OAU etc.) erschienen unter antihegemonistischen Gesichtspunkten nun durchaus situationslogisch.

Phase IV (1979-1991) begann mit der Umsetzung jener reformerischen Richtlinien, die unter Federführung Deng Xiaopings beim 3. Plenum des XI. ZK im Dezember 1978 beschlossen worden waren und die innenpolitisch auf „Modernisierung statt Klassenkampf“, außenpolitisch aber auf „Interdependenz statt Konflikt“ hinausliefen. In der Tat setzte sich China mit den Sowjets bereits im September 1979 wieder an den Verhandlungstisch, um über die „Normalisierung“ des beiderseitigen Verhältnisses zu beraten. Vorausgegangen war die termingerechte Kündigung des auf 30 Jahre abgeschlossenen Freundschafts- und Kooperationsvertrags von 1950 durch Beijing.

Die Verhandlungen waren jedoch schnell wieder zu Ende, als die Sowjets Ende 1979 in Afghanistan einmarschierten.

Erst drei Jahre später, im Oktober 1982, begann ein zweiter Anlauf. Bei diesen „Normalisierungsgesprächen“ forderte China die UdSSR auf, ihren (verbalen) Hegemonieverzicht durch drei Signale glaubhaft zu machen, nämlich durch den Rückzug ihrer Truppen von der chinesischen Grenze, durch Einstellung des afghanistansfeldzugs und durch Beendigung des sowjetischen Engagements in Indochina. Das Verhandlungsklima, das anfangs eisig war, weil Moskau keine „Normalisierung“ auf Kosten seiner Verbündeten in Ulan Bator, Hanoi und Kabul zulassen konnte, begann sich schnell zu erwärmen, nachdem 1985 Gorbatschow an die Spitze der KPdSU gelangt war und einen Kurs einzuschlagen begann, der streckenweise sogar Elemente des chinesischen Reformmodells miteinbezog. Auch die „drei großen Forderungen“ der VR China wurden jetzt schrittweise erfüllt, vor allem 1989, als die sowjetischen Truppen – nach einem blutigen und erfolglosen Jahrzehnt – aus Afghanistan abzogen.

In Phase V (1991 ff.), die mit dem Zusammenbruch der UdSSR und der Geburt einer (überaus fragilen) GUS einsetzte, kam es zu einem weiteren Tauwetter Schub, in dessen Gefolge der frühere „Gegner Nr.1“, nämlich die gerade untergegangene UdSSR, in Gestalt des Hauptnachfolge-

staats, nämlich der Russischen Föderation, schnell zum „Partner Nr.1“ aufrückte.

Bereits im Vorfeld waren 1993 und 1995 Vereinbarungen über den Verlauf der 4.345 km langen gemeinsamen Ostgrenze sowie über die Delimitierung des Westteils (im Gebirgsgelände des Altai) getroffen worden.<sup>23</sup>

Ergänzend zu diesen beiden Grenzabmachungen war 1996 noch ein „Abkommen über erhöhte Vertrauensbildung auf militärischem Bereich in den Grenzregionen“ und 1997 ein „Abkommen über den wechselseitigen Rückzug der bewaffneten Streitkräfte aus den Grenzregionen“ ausgehandelt worden, das diesmal die Unterschrift aller vier Anrainer Chinas, nämlich Rußlands, Kasachstans, Kirgistans und Tadschikistans trug. Durch das neue Abkommen sollte im Bereich der 7.300 km langen Grenze zwischen China, Rußland und den drei zentralasiatischen Staaten ein Sicherheits- und Vertrauensstreifen geschaffen werden, in dem „strategische Einheiten“ nichts mehr zu suchen hatten.

Gekrönt wurde dieser Wiederannäherungsprozess durch die Begründung einer „Strategischen Partnerschaft“ (*zhanlüe xiezuo* [10]) am 23. April 1997, mit der, wie es hieß, eine „neue internationale Ordnung begründet“ werden sollte (*jianli guoji xin zhixu* [11]): An die Stelle von „Hegemonismus, Machtpolitik, Konfrontation und Konflikt“ trete in Zukunft „gleichberechtigte Zusammenarbeit und Dialogbereitschaft“.<sup>24</sup> Beide Seiten wollten in Zukunft „umfassend“ zusammenarbeiten, und zwar nicht nur im diplomatischen, sondern auch im militärischen und im wirtschaftlichen Bereich.

Wenngleich auch jetzt noch zahlreiche Probleme (wie z.B. die von russischen Nationalisten immer wieder angeprangerte „schleichende Zuwanderung“ von Chinesen nach Sibirien) und Defizite wirtschaftlicher Art (schwacher Handelsaustausch!)<sup>25</sup> weiterbestanden, begannen beide Seiten doch mit umfassenden Gesprächen sowie einem regelmäßigen Besucheraustausch und pflegten sich vor allem dann immer schnell einig zu sein, wenn es wieder einmal galt, im UNO-Sicherheitsrat „Interventions“-Bestrebungen der USA (sei es nun im Kosovo, im Irak oder aber in Ostafrika) zu blockieren.

#### 6.2.4.2

##### Langzeiteigenschaften Rußlands

Gegenüber keinem anderen *daguo* hat die VR China im Laufe der Zeit so wechselvolle Positionen beziehen müssen wie gegenüber der Sowjetunion – und ihrem Hauptnachfolger Rußland: War doch die UdSSR z.B. innerhalb von gerade einmal zwei Jahrzehnten vom „Großen Bruder“ zum „Großen Hegemonisten“, vom Freund Nr.1 zum Feind Nr.1, vom „Beschützer“ zum „Einkreiser“, vom Ideenlieferanten zur Ansteckungsgefahr und vom Hauptwirtschaftspartner zum Außenseiter mit peripherer wirtschaftlicher Bedeutung geworden; anstelle des Drehtüren- hatte sich ihr gegenüber außerdem ein Bumerang-Effekt eingeschpielt!

Da die Feinde in der historischen Optik Chinas immer schon aus der nördlichen Steppe gekommen waren – an-

<sup>23</sup>Näheres zu diesem Thema oben 2.2.2.3.2, C.a., 1998/7, S.706 f.

<sup>24</sup>Dazu im einzelnen C.a., 1997/5, S.427-433.

<sup>25</sup>Der beiderseitige Handelsaustausch belief sich 1996 gerade einmal auf 6,8 Mrd. US\$ – bei rund 280 Mrd. Gesamtvolumen der VRCh.



gefangen von den Xiongnu über die mohammedanischen Fremdvölker und die Mongolen bis hin zu den Mandschus –, war die UdSSR offensichtlich nichts anderes als eine moderne Version der uralten Heimsuchung aus der als unheimlich empfundenen Himmelsrichtung, und die Politik gegenüber Moskau eine Fortsetzung des alten Abwehrkampfes gegen die Steppenvölker, denen das Reich der Mitte früher hauptsächlich mit Hilfe von Reichsmauern entgegengetreten war, denen es in den 60er und 70er Jahren des 20. Jh. aber vor allem mit VBA- und Milizmauern sowie mit Propagandasalven zu trotzen versuchte.

Wie tief die chinesischen Ängste saßen, zeigte eine weithin bekanntgewordene Episode aus dem Jahr 1965. Damals soll Mao Zedong dem sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin auf dessen Frage, wie lange China eigentlich noch seine Polemik gegen die Sowjetunion fortsetzen wolle, geantwortet haben: Notfalls 10.000 Jahre! Ob man den Streit nicht doch etwas abkürzen könne, wollte der sowjetische Gast wissen. Darauf antwortete Mao, man werde vielleicht 1.000 Jahre abstreichen können, aber keinesfalls mehr! Zwischen dieser Episode und der Partnerschaftserklärung von 1997 lagen gerade einmal 32 Jahre. Selbst wenn die *wansui* [12] („zehntausend Jahre“)-Formulierung eher metaphorischer als mathematischer Art sein mag, ist der Rückschlag des Pendels doch weitaus schneller erfolgt, als es selbst Optimisten in der chinesischen Führung hätten erwarten können – von Mao Zedong ganz zu schweigen.

Immerhin hatten sich mit der UdSSR zwei Jahrzehnte lang drei Assoziationen verbunden – aggressive „Supermacht“, „Bannerträger des Revisionismus“ und nicht zuletzt „Einkreisungs-Gegner“, der als solcher versucht hatte, durch Bündnisse mit Indien, Vietnam und der Mongolischen Volksrepublik, nicht zuletzt auch durch die Besetzung Afghanistans und durch den Aufbau einer Pazifikflotte, einen Ring um die VR China zu ziehen, und den es deshalb auf Biegen und Brechen zu bekämpfen galt.

„Zehntausend Jahre“ Widerstand schienen deshalb in der Tat angebracht. Um so erstaunlicher, daß sich mit dem Machtantritt Gorbatschows, vor allem aber Jelzins, der Wind innerhalb weniger Jahre schlagartig gedreht hatte:

„Revisionismus“ ist für die Chinesen heutzutage längst kein Thema mehr, da Rußland seine sozialistischen Ambitionen abgeschüttelt hat und da ja auch China zum Sozialismus de facto auf kritische Distanz gegangen ist und ihn überdies de termino neu definiert hat.

Aber auch „Hegemonismus“-Vorwürfe sind längst nicht mehr zu hören, selbst wenn – oder obwohl – Rußland nach wie vor als „Großmacht“ gilt.

Statt von „Revisionismus“, „Hegemonismus“ oder „Einkreisung“ ist heutzutage nur noch von „Partnerschaft“ die Rede – und damit von einem „neuen Beziehungstyp“, der „strategisch“ angelegt ist und dessen Gemeinsamkeiten „vom 21. Jahrhundert her definiert“ werden sollten. Die 1997 gegründete „Partnerschaft“ ist, wie bereits erwähnt, durch drei Merkmale (nichtmilitärisch, konsultativ, nicht gegen Dritte gerichtet) gekennzeichnet und im übrigen aufs Ganze (*quanmiande*), d.h. nicht nur auf Politik und Militär, sondern auch auf Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur ausgelegt.

Beide Seiten, China und Rußland, scheinen heutzutage nur noch Sonnenlicht – und keinen Schatten mehr –

wahrnehmen zu wollen. Die weniger fleckenlose Vergangenheit wartet mit all ihren Beschwerden einstweilen im Hintergrund – dürfte sich aber früher oder später um so lauter wieder zu Wort melden.

#### 6.2.4.3

##### Langzeitziele

Einem so schwierigen Gegner wie der UdSSR gegenüber konnte China lange Zeit nur Minimalziele verfolgen, die auf Vermeidung militärischer Auseinandersetzungen um jeden Preis gerichtet waren. Ganz in diesem Sinne wurden selbst auf dem Höhepunkt der Feindschaft in den Jahren 1968 ff. die regelmäßigen Eisenbahn-, Post-, Fernmelde- und Luftverkehrsverbindungen niemals ganz abgebrochen. Darüber hinaus blieben die Gesprächsverbindungen auf mindestens fünf Ebenen erhalten, nämlich im Rahmen der seit 1951 jährlich zweimal tagenden Grenzschiffahrtskommission, ferner der jährlichen Handelskonferenzen sowie der Grenzverhandlungen (1960, 1963, 1964, 1969), der Handelsgespräche auf Provinzebene (z.B. Xinjiangs mit benachbarten Sowjetrepubliken) und nicht zuletzt auch der sogenannten „Normalisierungsgesprächen“, die 1979 sowie 1982 wieder aufgenommen worden waren.<sup>26</sup>

Im Zeichen dieser Kontaktvereisung standen den Unterhändlern der VRCh stets zwei Minimalziele vor Augen, wie sie feste Bestandteile des Shanghai-Kommuniqués und des (damaligen) Jugoslawienmodells geworden waren: Im Shanghai-Kommuniqué von 1972 hatte sich bekanntlich die andere „Supermacht“, nämlich die USA, bereiterklärt, auf Hegemonie im asiatisch-pazifischen Raum zu verzichten. Im „Jugoslawienmodell“ andererseits, das zwischen Tito und dem Kreml zwei Jahre nach dem Tode Stalins, nämlich 1955, ausgehandelt worden war, hatte es Vereinbarungen gegeben, die auf eine Beendigung der gegenseitigen Propaganda, auf einen Abbau der beiderseitigen militärischen Bedrohungskapazitäten, auf verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit, auf intensivierten kulturellen Austausch und auf Abstimmung über gewisse Grundlinien in der Außenpolitik hinausliefen.

Es gehörte mit zu den damaligen Kalkülen Beijings, dieses „Koexistenzmodell à la Tito“ auch im Verhältnis zwischen UdSSR und VR China maßgebend werden zu lassen.

Das Eis in den beiderseitigen Beziehungen begann erst mit dem Machtantritt Gorbatschows, vor allem aber Jelzins, zu schmelzen. Für die Architekten der Beijinger Außenpolitik kam es jetzt darauf an, einen Kurs anzusteuern, der irgendwo in der Mitte zwischen den alten Freundschaftsbeziehungen der 50er Jahre und einer allzu nüchternen „Normalisierung“ lag. Der Weg, auf den sie sich am Ende einigten, war eine neue „Partnerschaft“, die allerdings noch viele Wünsche offen läßt: Zwar gibt es einen intensiven Gesprächsaustausch, an dem seit dem russischen Jahr Null die gesamte Führung beider Seiten beteiligt war: Staatspräsident Jelzin besuchte die VR China z.B. 1992 und 1996, Ministerpräsident Tschernomyrdin 1994; umgekehrt kam Staatspräsident Jiang Zemin in diesen acht Jahren sogar dreimal nach Rußland, nämlich 1994, 1995, 1997, und auch Ministerpräsident Li Peng tauchte hier – im Land seiner früheren Studien – zweimal

<sup>26</sup>Näheres dazu C.a., 1977/11, S.860 und 1981/9, S.584.



auf, nämlich 1995 und 1996; darüber hinaus standen auch die Rüstungsexperten beider Seiten in ständigem Kontakt miteinander. Gerade dort aber, wo China ganz besondere Interessen hat, nämlich beim Handelsaustausch, klafft immer noch eine weite Lücke. 1996 belief sich der beiderseitige Handelsaustausch beispielsweise gerade einmal auf 6,8 Mrd. US\$ – an den rund 280 Mrd. Gesamtvolumen der VR China gemessen also kaum ein Vierzigstel! Auch die gemeinsam bekundete Absicht, den Handel bis zum Jahr 2000 auf 20 Mrd. US\$ anzuheben, bringt noch keinen echten „Partnerschafts“-Schub: Stünde der Handel mit Rußland in diesem Fall doch gerade einmal dort, wo der chinesische ASEAN-Handel bereits 1996 angelangt war, und machte überdies kaum ein Drittel jenes über 60 Mrd. US\$ liegenden Umsatzes aus, der zwischen China und Japan bereits 1996 bilanziert werden konnte!

Darüber hinaus arbeiten China und Rußland zwar bei einigen Ölförderungs-, Naturgas- und Kraftwerksprojekten zusammen – u.a. an einem KKW und am Dreischluchten-Staudamm; doch lagen die beiderseitigen Investitionen bis 1995 auch hier bei kaum 20 Mio. (!) US\$, also bei einem Minusrekord, von dem beide Seiten auch nach vielen Jahren kaum weggekommen sein dürften,<sup>27</sup> allen „Partnerschafts“-Bekundungen zum Trotz!

## 6.2.5

**Fazit: In neuen Kategorien zu denken wagen!**

### 6.2.5.1

**„Interdependenz“ statt „nationaler Interessen“: Veränderung des Blickfelds**

Von der Bipolarität der Nachkriegszeit über die Drei-Welten-Zuordnung der 70er Jahre bis hin zum Neuentwurf einer fünfpoligen Konstellation – im Zeichen einer solchen atemlosen Abfolge von Perzeptionsketten kann das neue multilaterale Fünfeck eigentlich kaum mehr als ein Durchgangsstadium sein: hin vielleicht auf dem langen Marsch zu einer neuen Weltinnenpolitik, wie sie im Entwurf der konfuzianischen Tradition immer schon angelegt war – und zwar mit China als Mittelpunkt.

Daß dieses alte Weltbild freilich ohne Umrißveränderung zu neuer Wirklichkeit erwachen könnte, glaubt offensichtlich auch im heutigen Beijing niemand mehr. Hier wäre man vielmehr schon damit zufrieden, würde sich die VRCh wenigstens als eines von fünf Zentren behaupten können. Allenfalls gilt es noch, die einzig verbliebene Supermacht, nämlich die USA, vom hohen Thron herunterzuholen.

Angesichts der „Fünfpoligkeit“ der heutigen Welt, wie sie in den außenpolitischen Vorstellungen Beijings überall auftaucht, fühlt man sich an die alte europäische Pentarchie, bestehend aus England, Frankreich, Österreich, Preußen und Rußland, erinnert. Für dieses System war es charakteristisch, daß jeweils vier Mitspieler die Neigung des fünften zur Vorherrschaft konterkarierten.

Mit Blick auf die Geschichte sowohl dieses pentapolaren Europa als auch der eigenen Tradition dürften in der chinesischen Brust zwei Seelen miteinander kämpfen, nämlich einerseits das Verlangen, in der Hierarchie die Nr.1 zu sein, andererseits aber auch die Sehnsucht

nach Gleichgewichtigkeit zwischen mehreren Zentren, deren Zahl sich auf fünf beläuft: Mit der Zahl 5 kann China übrigens gut leben; ist dies doch seit alters her die magische und heilige Zahl schlechthin, die bereits im Luo-Dokument die Mitte des Zahlenreichs besetzt hielt.<sup>28</sup>

### 6.2.5.2

**Das Aroma der Terminologie**

Mit der Fünfpoligkeit bilden sich Tangenten heraus, in deren Binnenbereich eine chinesische Lieblingskategorie, nämlich *guanxi-gestützte Interdependenz* konkrete Entfaltungsmöglichkeiten bekäme.

Wachsende „Interdependenz“ (*xianghu yicunxing* [13]) ist zwar ohnehin das unausweichliche Ergebnis jeder „Globalisierung“ (*quanqiuhua* [14]), doch läßt sie sich innerhalb des überschaubaren Kreises von fünf Großmächten wesentlich leichter konkretisieren als gegenüber jenen 174 Nationen, wie sie z.B. in der Statistik der UNO geführt werden und deren Vielzahl sowie kaleidoskopartige Verschiedenheit das politische Raster des Erdballs so unübersichtlich werden läßt.

Mit wachsender „Interdependenz“ verstärkt sich nach chinesischer Auffassung die Tendenz zu ständigen „Dialogen“ (*duihua* [15]), zu „regelmäßigem Gedankenaustausch“ (*jingchangxingde jiaoliu* [16]) und zu „umfassenderen regionalen und globalen Diskussionen“ (*geng guangfande diqu he quanqiuixingde taolun* [17]).<sup>29</sup> Der Zwang zur Interdependenz und zum Ausbau von „Beziehungen der neuen Art“ geht vor allem von der *wirtschaftlichen* Globalisierung aus, die zu einem „Trend“ (*qushi* [18]) geworden ist und in deren Gefolge die Volkswirtschaften „gegenseitig immer abhängiger und einflußbarer“ (*xianghu yicun, xianghu yingxiang* [19]) werden, woraus wiederum die Forderung erwächst, daß sich die beteiligten Länder an der Neugestaltung der „internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit“ (*guoji jingji hezuo* [20]) „aktiv beteiligen“ (*jiji can hezuo* [21]). Nur so könnten die Betroffenen wieder *gemeinsam* aus Gefahrenzonen herauskommen, z.B. der Asienkrise (*yazhou jinrong weiji* [22]).

Für alle hier aufgetauchten Probleme gibt es, chinesischer Auffassung zufolge, eine Patentlösung, nämlich Herstellung von „Beziehungen“, die „stabil“ (*changqi wendingde* [23]), „konstruktiv“ (*jianshexingde* [24]), „kameradschaftlich“ (*huobande* [25]) und möglichst bereits „auf das 21. Jahrhundert hin“ orientiert (*xiang 21 shijide*) sein sollen. Ob neue politische oder „neue finanzielle Weltordnung“ (*guoji jinrong xin zhixu* [26]) – stets geht es um Kooperation, um Dialog, um Abhaltung von „Foren“ (*luntan* [27]), und damit letztlich wiederum um die Herstellung solider *guanxi*, die durch nichts zu ersetzen sind und die am Ende dazu führen, daß auch ursprünglich miteinander verfeindete Parteien sich am Ende besser „gegenseitig verstehen“ (*xianghu liaojie* [28]).

In der Übersetzung klingen all diese Begriffe gedreht, bürokratisch, unecht – und oft auch verlogen. Erst

<sup>28</sup>Näheres dazu oben 1.2.1.2, C.a., 1998/5, S.508 ff., mit Schemazeichnung.

<sup>29</sup>Diese Formulierungen stammen aus der Gemeinsamen chinesisch-britischen Erklärung vom 6. Oktober 1998, tauchen aber als Leitformel in fast jeder außenpolitischen Erklärung auf, sind also austauschbar und gehören damit zum Repertoire.

<sup>27</sup>Näheres dazu C.a., 1997/5, s.430 m.N.



wenn man chinesische Originaltexte häufig genug gelesen und das Aroma der Terminologie zu spüren bekommen hat, das zumeist aus der Tiefe der Geschichte heraufkommt, weiß man, daß es sich hier nicht nur um Wortakrobatik handelt, sondern daß hier eine Philosophie zum Tragen kommt, die den Chinesen seit der Verbreitung des Konfuzianismus während der Han-Zeit in Fleisch und Blut übergegangen ist und die in der Erkenntnis kulminiert, daß es nicht die einzelne Person und, im außenpolitischen Bereich: nicht die einzelne Nation ist, von deren Willen Friede und Stabilität abhängen, sondern daß es stets das *Große Dazwischen*, also die *strukturierte Beziehung* ist, auf die letztlich alles ankommt. Hier handelt es sich nicht um Lippenbekenntnisse, sondern um konfuzianisches Urgestein!

Wer sein außenpolitisches ABC in der „Realistischen“/„Neorealistischen Schule“ Morgenthau erlernt hat, wird zugegebenermaßen seine liebe Not haben, mit diesen Interdependenz- und Beziehungskategorien zurechtzukommen, geschweige denn, sich mit ihnen anzufreunden. Gerade deshalb aber sollte die chinesische Version besonders aufmerksam zur Kenntnis genommen, wenn nicht verinnerlicht werden, da die außenpolitischen Akteure sonst in Gefahr geraten, ständig aneinander vorbeizureden.

#### 6.2.5.3

„Z.6“ als Konsequenz des Interdependenzansatzes  
Nicht zuletzt aus diesem Grunde wird hier auch eine neue Zielkategorie vorgeschlagen, bei der es um *Herstellung von Interdependenz* geht und die zu den bereits erläuterten und von China häufig genug praktizierten alten fünf Zielsetzungen (sozialistisch, national, antihegemonistisch, modernisierungsbezogen und autoritätsbetont) ergänzend hinzutritt. Sie sei hier als „Z.6“ bezeichnet.

In der Begegnung mit keinem anderen Land hat sich diese Hinwendung zur Interdependenz auch nur annäherungsweise so ausgeprägt vollzogen wie gegenüber der Sowjetunion und ihrem Hauptnachfolger Rußland. Zur Illustration seien hier die in Teil 2 dieser Serie erläuterten Zielsetzungsvarianten nochmals in ihrer ganzen Vielfalt aufgezählt, um so den Wandel zu verdeutlichen, der sich in den vergangenen Jahren ereignet hat. Während Phase I bis IV der sinosowjetischen Beziehungen (dazu oben 6.2.4.1) hatten sozialistische (Z.1), nationale (Z.2), antihegemonistische (Z.3) und modernisierungsbedachte Ziele (Z.4) einander an Intensität immer wieder gegenseitig verdrängt, wobei in Phase I Z.1 und Z.4, in Phase II des Stafettenwechsels Z.2 (nationale Sicherheit!) und Z.3, in Phase III aber fast nur noch Z.3 (Antihegemonismus) bestimmend gewesen waren.

Nach dem Beginn der chinesischen Reformen, vor allem nach dem Ende der Sowjetunion, verloren Z.1 und erstaunlicherweise auch Z.3 rasch an Bedeutung, während gleichzeitig Z.2 (Sicherheit und Lösung der Grenzfrage) sowie Z.4 (Modernisierungsanstöße), ja sogar Z.5 in den Vordergrund rückten, nachdem China nämlich die verblüffende Erfahrung hatte machen können, daß die Neuansätze Gorbatschows z.T. den Spuren des sieben Jah-

re früher von Deng Xiaoping eingeleiteten Reformkurses folgten.

#### 6.2.5.4

##### Guanxi-Außenpolitik

Je mehr sich das sinorussische Verhältnis verbesserte und schließlich sogar partnerschaftliche Qualitäten annahm, um so deutlicher zeigte es sich, daß die überkommenen Zielsetzungen Z.2 und Z.4 dem Niveau einer „umfassenden und strategischen Partnerschaft“ durchaus nicht mehr zu genügen vermochten, weil hier anspruchsvollere Erwartungen zutage traten, von deren Ausrichtung bereits im methodischen Ansatz des Abschnitts 1.3 die Rede war. Bei diesen neu hervortretenden Zielsetzungen geht es um nicht weniger als um die Herstellung von *Interdependenz*, d.h. einer außenpolitischen Spielform der im konfuzianischen Kontext so fundamentalen zwischenpersönlichen Beziehungen.<sup>30</sup>

Sollte es übrigens ein Zufall sein, daß China seine neue „*guanxi*-Außenpolitik“ ausgerechnet mit dem schwierigen Nachbarn Rußland zum ersten Mal durchexerziert hat!?

Beijing wird nicht müde zu betonen, daß es sich hier, bei den „strategischen Partnerschaften“, um einen eigenständigen und „neuen Typ“ von Zielsetzungen handelt, der weniger die nationalen Interessen der (als Individuen gedachten) Nationen in den Vordergrund rückt als vielmehr auf das Geflecht *zwischen* diesen Nationen abstellt. Hauptanliegen des Interdependenzziels („Z.6“) ist es, nicht das nationale *Sonderinteresse* des einzelnen Staats, sondern das übernationale *Gesamtinteresse* in den Vordergrund zu rücken, oder, wo dies schon nicht möglich ist, wenigstens die Gemeinsamkeiten zwischen jenen fünf „Polen“ herauszumodellieren, die zum mittlerweile neu entstandenen „multipolaren“ Fünfeck gehören.

Wer diesen Sprung von der souveränitätsbezogenen zur interdependenzbezogenen Betrachtungsweise nachvollzieht, begreift auch sogleich, warum sich solche Beziehungen „neuen Typs“ (1) nicht gegen ein drittes Land richten dürfen, weshalb ferner (2) der regelmäßige Dialog oder Pentalog eine so zentrale Rolle spielt und weshalb nicht zuletzt (3) der neue Typ von Beziehungen keineswegs in erster Linie militärischer, sondern wirtschaftlich-technologischer Art zu sein hat: militärisches Denken grenzt ja eher ab, während wirtschaftlich-technologische Zusammenarbeit Gemeinsamkeiten schafft – und damit ein zusätzliches Element zur Festigung von Interdependenz liefert.

Zentrale „Rechtsgüter“ sind bei einer solchen Betrachtungsweise, wie schon erwähnt, nicht mehr die „Interessen der einzelnen Nation“, sondern die Interessen der Gesamtordnung (oder zumindest der multipolaren Ordnung), deren Wesensgehalt von den Chinesen mit zwei Kennworten indiziert wird: mit „Friede und Entwicklung“ nämlich.<sup>31</sup>

Man darf davon ausgehen, daß die Politik Beijings realistisch genug ist, den Widerspruch zwischen solchen zukunftssträchtigen Interdependenz-Postulaten einerseits und den fortbestehenden nationalen Sonderinteressen andererseits angemessen zu gewichten, zumal China ange-

<sup>30</sup>Dazu C.a., 1998/6, s.619-621.

<sup>31</sup>Zu diesem Gedankengang vergl. z.B. BRu, 1998/3, S.6-10.



sichts seines „halbkolonialen Traumas“ zu den entschiedensten Verfechtern nationaler Souveränität gehört.

Gleichwohl sollte der Beziehungsansatz – und damit „Z.6“ – von Analytikern der chinesischen Außenpolitik zunehmend mit ins Kalkül genommen werden. Mit ihr beginnt „beziehungsgestützte Interdependenz“ im besonderen und „*guanxi*-Außenpolitik“ im allgemeinen konkrete Formen anzunehmen.

- [1] 走狗
- [2] 走向21世纪的
- [3] 半殖民主义
- [4] 中间地带
- [5] 光复大陆
- [6] 大国
- [7] 协作
- [8] 战略的
- [9] 全面的
- [10] 战略协作
- [11] 建立国际新秩序
- [12] 万岁
- [13] 相互依存性
- [14] 全球化
- [15] 对话
- [16] 经常性的交流
- [17] 更广泛的地区和全球性的讨论
- [18] 趋势
- [19] 相互依存,相互影响
- [20] 国际经济合作
- [21] 积极参合作
- [22] (亚洲)金融危机
- [23] 长期稳定的
- [24] 建设性的
- [25] 伙伴的
- [26] 国际金融新秩序
- [27] 论坛
- [28] 相互了解